

SCHUTZANSÄTZE IN ZEITEN AUTORITÄRER BEDROHUNG



HINTERGRUND- UND DISKUSSIONSPAPIER NR. 91

TAGUNGSDOKUMENTATION DER GLEICHNAMIGEN JAHRESTAGUNG DES BSV
VOM 24. -26. APRIL 2026 IN GÖTTINGEN

Dieses Papier enthält Zusammenfassungen der Vorträge und Diskussionen der gleichnamigen Tagung, die der Bund für Soziale Verteidigung im April 2026 veranstaltet hat.

Die Jahrestagung fand in Kooperation mit der Bana Group, Wehrhaft ohne Waffen sowie LOVE-Storm statt und wurde gefördert durch die Sebastian Cobler Stiftung und die Rosa Luxemburg Stiftung Niedersachsen.



SEBASTIAN
COBLER
STIFTUNG für Bürgerrechte



**Wehrhaft
ohne Waffen**

**ROSA
LUXEMBURG
STIFTUNG**
NIEDERSACHSEN



Die öffentliche Abendveranstaltung
„Internationale aktuelle Beispiele:
Schutzstrategien im Kontext autoritärer
Repression und Krieg“ wurde gefördert von Brot
für die Welt und dem friedenspolitischen Fonds
der AGDF.

Gefördert durch:

**Brot
für die Welt**

mit Mitteln des
Kirchlichen
Entwicklungsdienstes



Herausgeber:

Bund für Soziale Verteidigung e.V.
Schwarzer Weg 8
32423 Minden
Telefon: +49 (0)571 29456
E-Mail: info@soziale-verteidigung.de
Internet: www.soziale-verteidigung.de

Hier direkt spenden:

Sparkasse Minden - Lübbecke
BLZ 490 501 01
Kto. 89 420 814
IBAN DE73 490 501 01 0089 420 814
Swift-Code WELADED1MIN
<https://soziale-verteidigung.de/spenden>



Redaktion: Julia Kramer & Dr. Dalilah Shemia-Goeke

Die in den Beiträgen geäußerten Ansichten spiegeln die Meinung der Referent*innen wider und entsprechen nicht zwingend der Position des BSV.

Bei der Erstellung einzelner Inhalte wurden punktuell KI-gestützte Werkzeuge ausschließlich zu dokumentarischen und zusammenfassenden Zwecken eingesetzt, z. B. zur Aufbereitung von Menschen erstellter Inhalte.
Sämtliche Inhalte wurden von der Redaktion und den Referent*innen geprüft und überarbeitet.

Visualisierungen der Vorträge: Nora von LOVE-Storm

Hintergrund- und Diskussionspapier Nr. 91
August 2026

ISSN 1439-2011

Lizenz: BY-NC-ND 4.0 DEED

3,50 Euro für die Printversion zuzgl. 3,- Euro Versandkosten, PDF kostenlos

INHALTSVERZEICHNIS

1. EINLEITUNG: SCHUTZANSÄTZE IN ZEITEN AUTORITÄRER BEDROHUNG JULIA KRAMER	04
2. SCHUTZANSÄTZE SOZIALER BEWEGUNGEN ALS TEIL VON SOZIALER VERTEIDIGUNG DR. CHRISTINE SCHWEITZER	07
3. EMERGENCY RESPONSE ROOMS IM SUDAN: WIE NACHBARSCHAFTEN ZU LEBENSADERN IM KRIEG WURDEN BANA GROUP & BUND FÜR SOZIALE VERTEIDIGUNG	16
4. GEMEINSCHAFTSBASIERTE, DEESKALIERENDE SCHUTZMASSNAHMEN BASIEREND AUF DEM VORTRAG VON ELI MCCARTHY	22
5. INTERNATIONALE ANSÄTZE GANZHEITLICHER SICHERHEIT FÜR MENSCHENRECHTSVERTEIDIGER*INNEN PETER STEUDTNER	27
6. NICHT ABWARTEN. GEGENMACHT ORGANISIEREN. BASIEREND AUF DEM VORTRAG VON ARNE SEMSROTT	31
7. DEMOKRATIESCHUTZ ALS GEMEINSAME GESTALTUNGSAUFGABE FINJA HARTWIG, STEPHAN FRITSCH	36
8. SCHUTZ STATT EINSCHÜCHTERUNG – WAS DIE QUEERE COMMUNITY IM UMGANG MIT RECHTSEXTREMEN BEDROHUNGEN VORMACHT BASIEREND AUF DEM VORTRAG VON JULIA MONRO	41
9. 112 FÜRS INTERNET: WIE AUS DIGITALER EMPÖRUNG ORGANISIERTE SCHUTZMECHANISMEN WERDEN BASIEREND AUF DEM WORKSHOP VON LOVE-STORM	45

10. SOLIDARISCHE NACHBARSCHAFTEN JULIA KRAMER	49
11. ZIVILCOURAGE-TRAINING NACH METHODEN VON AUGUSTO BOAL: ERFAHRUNG STATT BELEHRUNG RENATE WANIE	52
12. PLANSPIEL ZUR VERHINDERUNG VON MASSENDEPORTATIONEN STEPHAN BRÜES	55
13. WAS SCHÜTZT DEMOKRATISCHES ENGAGEMENT? EIN PAAR ERKENNTNISSE AUS DER TAGUNG DR. DALILAH SHEMA-GOEKE	57

SCHUTZANSÄTZE IN ZEITEN AUTORITÄRER BEDROHUNG



Julia Kramer
Ko-Geschäftsführerin,
Bund für Soziale Verteidigung

Mit der Jahrestagung des Bund für Soziale Verteidigung 2026 haben wir eines der Werkzeuge Sozialer Verteidigung in den Blick genommen: Schutz ist oft nicht das erste Thema, das mit Sozialer Verteidigung assoziiert wird, und scheint – im Vergleich zu gewaltfreier Aktion – eher reaktiv zu sein. Und doch ermöglichen Schutzkonzepte erst – gerade in repressiven oder anderweitig gewaltvollen Kontexten – handlungsfähig zu sein und zu bleiben.

Schutz von Menschenrechten, von Freiheit, von Leben ist ja sogar der Kern dessen, was wir mit Sozialer Verteidigung bewirken wollen, und was wahre „Sicherheitspolitik“ – für alle – bewirken muss.

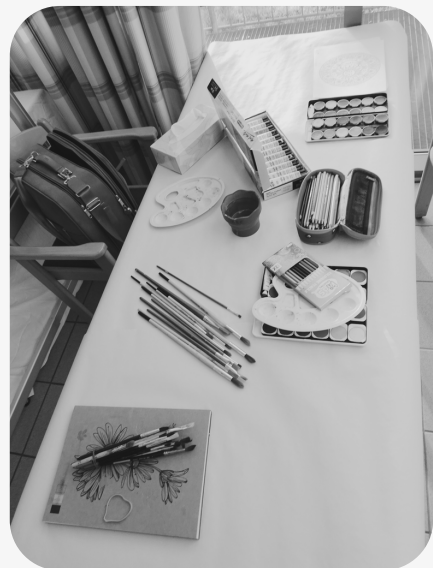
Schutzansätze bergen zudem das Potential, Soziale Verteidigung an den Bedarfen derer auszurichten, die besonders bedroht oder vulnerabel sind. Mit einem intersektional feministischen Blick können wir Schutzansätze als Fürsorge-Ansätze in Sozialen Bewegungen begreifen, die üben, aus der Perspektive Betroffener zu denken und aus der Perspektive kollektiv und solidarisch zu handeln.

Dieses Hintergrund- und Diskussionspapier stellt verschiedene Perspektiven, Erfahrungen und Instrumente zum Thema „Schutz“ dar, die in Zeiten autoritärer Bedrohung relevant sein können.

Den Einstieg bildet, wie auf der Tagung, eine Einführung in das Thema von Dr. Christine Schweitzer. Darauf folgen drei Artikel zu internationalen Erfahrungen mit Schutzansätzen: Zu den Emergency Response Rooms im Sudan, auf der Tagung dargestellt von Mona Khogali von der Bana Group, zu ganzheitlichen Schutzstrategien für Menschenrechtsverteidiger*innen von Peter Steudtner, Holistic Protection Collective, und zu unbewaffnetem zivilem Schutz im Kontext der USA, von Dr. Eli McCarthy von den DC Peace Teams. Zu Bedrohungsszenarien und Ansatzpunkten im bundesdeutschen Kontext berichtet Arne Semsrott (u.a. von „FragDenStaat“), gefolgt von zwei Beiträgen guter Praxis: Julia Monro vom LSVD – Verband queere Vielfalt berichtet von Entwicklungen und zivilgesellschaftlichen Schutz-Praktiken im Kontext der queeren Community, und Finja Hartwig von „Verwaltung für Demokratie“ berichtet über deren Erfahrungen mit ihrem Erste-Hilfe-Kit für Demokratie. Strategische Ansätze, die bei der Tagung in Workshops behandelt wurden, beinhalten darüber hinaus „Netzfeuerwehren“ und digitale Sicherheit (BSV-LOVE-Storm) „Solidarische Nachbarschaften“ (Jochen Neumann und Julia Kramer, BSV/Wehrhaft ohne Waffen), sowie „Backfire-Strategien“ (Björn Kunter, BSV-LOVE-Storm).

Letzterer Ansatz wurde nicht separat dokumentiert, da die zeitlichen Kapazitäten bei LOVE-Storm wegen eines konkreten Angriffs auf Demokratie-Arbeit, nämlich der Rücknahme einer 8-jährigen Finanzierungszusage nach 2 Jahren durch das Programm Demokratie leben!, eingeschränkt wurden. Der Ansatz, der strategische Schritte sozialer Bewegungen als Hebel gegen Repressor*innen nutzt, stellt jedoch eine wichtige Komponente im Schutz-Werkzeugkasten dar. Wir empfehlen daher an dieser Stelle den Artikel „Backfire-Grundlagen“: <https://www.nonviolent-conflict.org/resource/backfire-basics-german/> (Martin, Brian 2012; aufgerufen am 16.8.26). Übungsmethoden und Praxis standen im letzten Workshop-Slot der Tagung im Mittelpunkt. In diesem Hintergrund- und Diskussionspapier stellen die Vorsitzenden des BSV, Renate Wanie und Stephan Brües, die Methoden ihrer Workshops vor: Renate Wanie zum Theater der Unterdrückten im Kontext von Zivilcourage-Trainings, und Stephan Brües zum Planspiel „Soziale Verteidigung“. In diesem Kontext fanden zudem zwei „Safer Space“ Workshop-Räume für von verschiedenen Diskriminierungsformen betroffene Menschen statt, um einen vertraulichen Austausch zu ermöglichen ohne sich gegenüber privilegierteren Personen „erklären“ zu müssen. Diese wurden ebenfalls nicht dokumentiert. Wer sich mit dem Ansatz beschäftigen möchte, kann dazu z.B. hier mehr Informationen finden: <https://ihaus.org/prinzipien-safer-spaces-darum-kann-es-gehen/> (aufgerufen am 23.8.26).

Und so ist ein Aspekt des Themas Schutz auch die psychosoziale Ebene, die je nach Positionierung, Betroffenheit und individueller Situation Unterschiedliches braucht. Auch beim Lesen empfiehlt es sich daher, darauf zu achten, was & wieviel zu lesen gerade nützlich und machbar ist, und vielleicht zum „Runterkommen“ eine kleine Übung zu machen – Im Artikel von Peter Steudtner findet sich z.B. eine ganz einfache dafür. Auf der Tagung haben wir versucht dem zudem gerecht zu werden mit einem Awareness-Konzept, das neben dem achtsamen Umgang miteinander u.a. eine „Ausgleichs-Ecke“ im Tagungsraum, dem Versuch verschiedene Barrieren abzubauen, ausgleichende Aktivitäten wie Yoga und einen Spaziergang, Ansprechpersonen und eine „Awareness-Box“ für Rückmeldungen und Bedarfe vorsah.



Einblick in die „Ausgleichs-Ecke“ auf der Jahrestagung.
Foto: Jochen Neumann

Die BSV-Jahrestagung 2026 fand im Vorfeld der Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern im September 2026 statt. Der AfD-Landesverband Sachsen-Anhalt wird vom Verfassungsschutz Sachsen-Anhalt als gesichert rechtsextremistische Bestrebung eingestuft; der AfD-Landesverband Mecklenburg-Vorpommern wird vom Verfassungsschutz Mecklenburg-Vorpommern als Verdachtsfall geführt¹.

Für Viele fühlt sich die Bedrohung real an, und 1933 nicht so weit weg. Und obwohl zum Zeitpunkt des Schreibens noch nicht gewählt war, hoffen wir, dass wir für den Umgang mit Angriffen auf die demokratische Verfassung und die Menschenrechte mit diesem Hintergrund- und Diskussionspapier einen empowernden Beitrag leisten - und wünschen den Lesenden Inspiration und Ermutigung für eine solidarische - und dadurch umso widerständigere - Praxis!

¹ Die Einstufungen erfolgen durch die jeweiligen Verfassungsschutzbehörden. Die bundesweite Einstufung der AfD durch das Bundesamt für Verfassungsschutz als „gesichert rechtsextremistische Bestrebung“ vom Mai 2025 ist hiervon zu unterscheiden: Das Verwaltungsgericht Köln hat dem BfV im Februar 2026 im Eilverfahren vorläufig untersagt, die AfD bis zum Abschluss des Hauptsacheverfahrens entsprechend einzustufen bzw. zu behandeln. Die Entscheidung betrifft nicht die hier genannten landesbezogenen Einstufungen.

Der Werkzeugkoffer Sozialer Verteidigung



SCHUTZANSÄTZE SOZIALER BEWEGUNGEN ALS TEIL VON SOZIALER VERTEIDIGUNG



C. Werner

Dr. Christine Schweitzer

Dr. Christine Schweitzer ist Mitarbeiterin im Institut für Friedensarbeit und Gewaltfreie Konfliktaustragung (ifgk.de) und war viele Jahre Geschäftsführerin des Bund für Soziale Verteidigung.

In den USA haben in den letzten Monaten tausende Menschen Signalpfeifen dabei, die sie nutzen, sobald ICE-Agenten auftauchen. Auch Autohupen werden benutzt und in einer Stadt heulten sogar die Sirenen. In der Online-Zeitschrift Waging Nonviolence ist dazu zu lesen:

„ICE-Beamte und die sie unterstützenden Bundesbeamten haben auf 17 Menschen geschossen, mindestens vier getötet, unzählige weitere verletzt, mindestens 37 Migrant*innen in Gewahrsam sterben lassen, Tränengas und Gummigeschosse gegen Demonstrant*innen eingesetzt, nächtliche Razzien mit Hubschraubern durchgeführt, Autoscheiben eingeschlagen, um Insassen herauszuziehen, Türen von Privatwohnungen eingetreten, Menschen von der Straße weggezerrt und in unmarkierte Transporter geworfen, Kinder in Autos und auf Gehwegen zurückgelassen, Teenager wochenlang festgehalten, auseinandergerissen,

Häftlinge illegal in Gulags in El Salvador abgeschoben, ein Gefangenenlager in Zelten in einem Sumpf eingerichtet, Menschen vor Einwanderungsgerichten festgenommen, gewählte Amtsträger wegen der Ausübung ihres rechtmäßigen Kontrollrechts festgenommen und die Öffentlichkeit in all diesen Angelegenheiten kontinuierlich getäuscht und belogen.“¹

In Südsudan haben die UN-Peacekeeper der Mission UNMISS, die internationale NGO Nonviolent Peaceforce und lokale Frauen-Schutz-Teams zusammengearbeitet, um Frauen zu schützen, die Geflüchtetenlager verlassen mussten, um Feuerholz zu sammeln oder Wasser zu holen. Die UN-Soldat*innen bewachten die Straßen und die Begleiter*innen von NP übernahmen die Begleitung, sobald die Frauen die Straßen verließen.²

¹<https://wagingnonviolence.org/2026/01/10-rules-of-resistance-for-iceout/>

² Julian, Rachel & Berit Blieseman de Guevara (2026): Community-Led Unarmed Civilian Protection: Expanding beyond UN-Led Protection. International Peace Institute Issue Brief, February. Verfügbar unter: <https://www.ipinst.org/wp-content/uploads/2026/02/IPI-E-RPT-IB-Community-Led-Unarmed-Civilian-Protection.pdf>;

Schweitzer, Christine (2019). Good Practices in Nonviolent, Unarmed, Civilian to Civilian Protection. Dokumentation des Workshops in Nairobi, 12-14 November 2018, Herausgeber. Nonviolent Peaceforce, <https://nonviolentpeaceforce.org/ucp-community/>

Der bei Pazifist*innen bekannte ukrainische Kriegsdienstverweigerer Yurii Sheliashenzko wurde am 19. März verhaftet und war für fast zwei Tage vom Erdboden verschwunden. Zahlreiche Friedensorganisationen appellierten per Mail und Brief an die ukrainischen Behörden. Yurii wurde nach 44 Stunden freigelassen. Andere Kriegsdienstverweigerer sind wochenlang in Haft oder verschwinden ganz.

Eine der Forderungen beim Schutz von Kriegsdienstverweigerern aus Kriegsgebieten – z.B. Ukraine, Russland, Belarus – ist, dass sie von europäischen Ländern aufgenommen werden und hier Asyl oder ein humanitäres Visum erhalten. Das gilt natürlich auch für Menschenrechtsverteidiger*innen aus allen anderen Ländern, z.B. Iran. In einem Interview in der Tagesschau war zu lesen:

„Man kann sicher einiges mehr tun, um gerade Diasporaorganisationen zu unterstützen. Das eine ist die Aufstockung von Schutz- und Förderprogrammen, sind humanitäre Visa für diejenigen, die das Land verlassen wollen. Gerade für zivilgesellschaftliche und Menschenrechtsaktivisten in Iran ist es wichtig, dass sie diese Art der Exit-Option haben. Zu wissen, es gibt irgendeine Form von Schutznetz, das einen im Ernstfall auffangen kann, bedeutet eine gewisse Sicherheit, sich überhaupt aktiv an Widerstand und Protest zu beteiligen.“³

3 Interview der Tagesschau mit Azadeh Zamirirad, Leiterin der Forschungsgruppe Region Afrika und Mittlerer Osten bei der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP). 29.3.2026, <https://www.tagesschau.de/iran-krieg-bevoelkerung-opposition-100.html>

In den 1990er Jahren, als nach der Wende Geflüchtetenunterkünfte in verschiedenen Orten von rechtsextremen Mobs angegriffen wurden – Hoyerswerda 1991, Rostock-Lichtenhagen 1992, Brandanschläge in Mölln 1992 und Solingen 1993 –, oftmals ohne dass die Polizei direkt oder entscheidend eingriff, haben Bürger*inneninitiativen Telefonketten organisiert, um sich notfalls vor die Unterkünfte zu stellen und um die Polizei dazu zu veranlassen, einzuschreiten. Und bis heute gibt es Telefonketten lokaler Initiativen, um Abschiebungen zu verhindern. Hier ein Beispiel aus Osnabrück (Interview von Pro Asyl von Juli 2014 mit den Protestorganisator*innen):

„Am Dienstag letzte Woche habt Ihr zum wiederholten Mal eine Abschiebung in Osnabrück verhindert. Worum ging es und wie habt Ihr das gemacht?“

Es ging um einen jungen Pakistani, der zum wiederholten Mal nach Ungarn abgeschoben werden sollte. Der Mann befürchtete ganz konkret, dass er ins Gefängnis zurück muss. Wir haben uns dann morgens vor der Unterkunft getroffen. Die Überstellung war für sechs Uhr vorgesehen. Mehr als hundert Menschen waren da und haben den Eingang blockiert.

Das war die fünfte Abschiebung, die Ihr verhindert habt. Wie hat es damit angefangen?

Als im Rosenplatzquartier eine neue Geflüchtetenunterkunft bezogen wurde, hat sich im Stadtteilbüro eine Arbeitsgemeinschaft „Flüchtlingshilfe“ gebildet.

Es wurden Sprachkurse angeboten, Fahrräder wurden zur Verfügung gestellt und Spenden gesammelt. Über den Kontakt mit den geflüchteten Menschen haben wir mitbekommen: Ok, jetzt brennt es. Jetzt bekommen alle ihre Abschiebebescheide, wir müssen etwas tun.

Wie erfahrt Ihr von den Abschiebungen?

Abschiebungen werden in Niedersachsen zur Zeit noch angekündigt. Die Geflüchteten kommen dann mit dem Brief zu uns, auch deshalb, damit wir ihnen den Inhalt übersetzen können.

Wie kamt Ihr auf die Idee mit den Blockaden?

Ein Geflüchteter in unserer NoLager-Gruppe hat plötzlich so einen Brief bekommen. Wir waren schockiert und überfordert und haben lange diskutiert. Am Ende haben wir einfach entschieden: Wenn die Abschiebung um drei Uhr nachts stattfinden soll, dann bleiben wir eben solange auf und lassen ihn nicht alleine. Als dann die Abschiebung nicht stattgefunden hat, weil wir vor der Tür standen, waren wir sehr überrascht.

Wie ist das genau abgelaufen und wie hat die Polizei damals reagiert?

Die Beamten von der Ausländerbehörde waren ziemlich verwundert, dass da 40 Leute vor der Tür standen. Dann haben sie die Polizei gerufen. Die wollte keinen Stress. Sie haben gesagt: Wenn ihr uns nicht hereinlasst, dann gehen wir eben wieder. Da haben wir zum ersten Mal gesehen, dass eine Abschiebung nicht einfach stattfinden muss.“⁴

Dies sind alles Beispiele für Schutzansätze. Natürlich gibt es noch viel mehr, und einige haben wir auf der BSV-Tagung kennengelernt.

⁴ <https://www.proasyl.de/news/wir-haben-mitbekommen-ok-jetzt-brennt-es-wir-muessen-etwas-tun/#:~:text=Das%20Interview%20f%C3%BChrten%20wir%20mit%20Philipp%20Str%C3%B6hle%2C,NoLager%20und%20B%C3%BCndnis%20gegen%20Abschiebungen%20in%20Osnabr%C3%BCck.>



50587045168_543fcddefb_o: Minneapolis 2020 nach den Wahlen. Die „Demokratieverteidiger*innen“ sind von Nonviolent Peaceforce. Foto :Chad Davis, CC BY-NC-SA 2.0

DAS RISIKO MINIMIEREN: SCHUTZ VON MENSCHENRECHTS- VERTEIDIGER*INNEN

Menschenrechtsverteidiger*innen sind fast überall auf der Welt gefährdet – von juristischen Schikanen gegen sie und ihre Organisationen über Strafverfolgung bis zu Folter und Ermordung - und sie haben etliche Strategien und Taktiken entwickelt, sich selbst und ihre Arbeit zu schützen. Mehrere Organisationen haben Handbücher veröffentlicht, um Menschenrechtsverteidiger*innen zu beraten, wie sie ihre eigene Sicherheit verbessern können. Zu den aktuellen Versionen dieser Handbücher gehören die Handbücher von Frontline Defenders (2011), Protection International (2020) und OSCE/ODIHR (2014).⁵

Alle solche Strategien beginnen mit einer Analyse der Bedrohungen und Verletzlichkeiten bzw. Sicherheitslücken und der eigenen Kapazitäten. Daraus leitet sich das Risiko ab. Darauf aufbauend kann dann überlegt werden, wo Schutzstrategien ansetzen können.⁶

The Risk Formula

$$\text{RISK} = \frac{\text{THREATS} \times \text{VULNERABILITIES}}{\text{CAPACITIES}}$$

Um Beispiele zu nennen: Die Bedrohung (threat) könnte sein, dass mich Angehörige einer Todesschwadron von der Straße verschleppen und mich verschwinden lassen. Ich muss aber jeden Tag ins Büro gehen und habe kein Auto. Das macht mich verletzlich (vulnerability).

Ich könnte aber eine Nachbarin fragen, die ein Auto besitzt und jeden Morgen in die Stadt fährt, ob sie mich nicht mitnehmen kann. Das gehört zu meinen Fähigkeiten (capacities), Risiko und Sicherheitslücken zu verringern.

Diese Formel zur Kalkulation des Risikos findet natürlich genauso Anwendung bei allen anderen von Repression und Gewalt Bedrohten, nicht nur bei Menschenrechtsverteidiger*innen.

⁵ Frontline Defenders (2011) Workbook On Security: Practical Steps For Human Rights Defenders At Risk, https://www.frontlinedefenders.org/sites/default/files/workbook_eng_master.pdf; Protection International (2020). Taking Care of Us - A Guide for the Collective Protection of Human Rights Defenders in Rural Areas, <https://www.protectioninternational.org/protection-manuals/taking-care-of-us-a-guide-for-the-collective-protection-of-human-rights-defenders-in-rural-areas/>; OSZE/BDIMR (2014) Leitlinien zum Schutz von Menschenrechtsverteidigern, <https://www.osce.org/files/f/documents/c/1/119633.pdf>
⁶ Entnommen dem Handbuch von Frontline Defenders 2011, S. 10

REPRESSION ÜBERWINDEN ODER NUTZEN: GEWALTFREIE AUFSTÄNDE

Ein zweites Feld neben der Menschenrechtsverteidigung ist das der gewaltfreien Aktion oder zivilen Widerstands. Es kann da um gesamtgesellschaftliche Veränderungen wie den Sturz einer Diktatur gehen. Oder darum, einen Konzern daran zu hindern, Bergbau zu beginnen, den Urwald für Monokulturen abzuholzen oder das Wasser abzugreifen. Oder um Widerstand gegen rechtsextreme Bewegungen und Parteien. Die Angegriffenen – das Regime oder das Industrieunternehmen oder bestimmte Parteien – werden versuchen, den Widerstand zu unterdrücken.

Das kann zum einen mit dem Einsatz direkter physischer Gewalt geschehen, wie im Januar 2026 im Iran zu beobachten war, wo nach Angaben von Augenzeugen bis zu 20.000 Menschen von den iranischen Sicherheitskräften ermordet wurden⁷. Solche Gewalt gegen gewaltlos Protestierende kann allerdings auch auf den Täter zurückschlagen. Es wurde vielfach beobachtet, dass Gewalt von Seiten der „Sicherheits“kräfte den Widerstand eher stärkte als ihn schwächte. Sharp spricht hier von politischem Jiu-Jitsu, Brian Martin und das Center for Applied Nonviolent Actions and Strategies von „backfire“.⁸ Mit „Backfire“ ist gemeint, dass erlittene Gewalt und andere Übergriffe strategisch genutzt werden können, um den Widerstand zu stärken.

Es gibt viele Beispiele für solches Backfire bei gewaltlosen Aufständen. Zwei Beispiele von Brian Martin⁸:

In den 1990er Jahren verklagte McDonald's die beiden Anarchist*innen Helen Steel und Dave Morris wegen ihres Flugblatts „Was ist falsch an McDonald's?“. Die Klage wurde weithin als unfair empfunden und führte zu einer massiven Kampagne zur Unterstützung von Steel und Morris. Für McDonald's war sie ein PR-Desaster. Die Klage gegen Steel und Morris wirkte sich kontraproduktiv aus.

2004 berichteten Medien über die Folter irakischer Gefangener im Abu-Ghuraib-Gefängnis. Die schockierenden Fotos zeigten US-Gefängniswärter, die grinsend die Gefangenen demütigten und folterten. Die Veröffentlichung der Fotos schädigte das Ansehen der US-Regierung schwer, insbesondere im Nahen Osten. Die Folter wirkte sich negativ auf das US-Militär aus.

Repression umfasst nicht nur die Möglichkeit von Festnahme, Ermordung und Folter. Aber gerade Staaten haben noch viele weitere Möglichkeiten der Repression neben physischer Gewalt:

7 Die genauen Zahlen sind nicht bekannt. <https://www.tagesschau.de/faktenfinder/iran-proteste-todeszahlen-100.html>

8 Sharp, Gene (1973): The Politics of Nonviolent Action. Boston: Porter Sargent Publisher und in späteren Werken; Martin, Brian (2012): Backfire Manual. Tactics against Injustice. Sparsnäs: Irene Publishing; Popovic, Srda & Tori Porrel (2013): Making Oppression Backfire. Hrsg. Center for Applied Nonviolent Actions and Strategies. Verfügbar unter: https://canvasopedia.org/wp-content/uploads/2020/12/MOB_English_May2014.pdf. Eine deutschsprachige Quelle: <https://www.nonviolent-conflict.org/wp-content/uploads/2012/02/backfire-basics-german.pdf>. Mehr Material unter: <https://www.bmartin.cc/pubs/backfire.html> Brian Martin (2012, a.a.O.), <https://www.bmartin.cc/pubs/12bfm/12bfm2onl.pdf>

Repression bedeutet auch – nicht lebensbedrohend, aber die Bewegung bedrohend – das Verbot von Demonstrationen oder Veranstaltungen, Verbot von Organisationen, die Verweigerung von Räumen für Veranstaltungen, das Streichen von Fördergeldern oder den Verlust der Gemeinnützigkeit.

Immer wichtiger werden die digitalen Möglichkeiten von Regierungen: Ein Faktor bei der Repression sind die verbesserten Methoden der Informationsgewinnung und Überwachung durch elektronische Instrumente. Dabei geht es u.a. um den Einsatz von KI wie automatische Gesichtserkennung, Kontrolle großer Mengen von Chat- und Computerdaten, der Einsatz von Palantir, Telefonüberwachung usw. Elektronische Medien können leicht lahmgelegt oder manipuliert werden.⁹

Ein Beispiel: Die belarusische Aktivistin Olga Karatch ist sehr präsent auf Facebook und Youtube. Der belarusische KGB hat mehrfach versucht, in ihrem Namen falsche, schädliche Beiträge zu posten.¹⁰

Wie die zivilen Widerstand Leistenden sich vor Repression schützen können, ist inzwischen auch Thema von zahlreichen Studien über zivilen Widerstand – zum Beispiel über Abwehr digitaler Repression – und von Handbüchern wie die des serbischen Center for Applied Nonviolent Actions and Strategies (CANVA).¹¹

Die Möglichkeiten der Gegensteuerung hier können ebenfalls elektronisch sein (VPN-Verschlüsselung, Verschlüsselung durch KI wie bei Signal, Server im Ausland, verschiedene andere Instrumente der Information, z.B. auch über Deep-Fakes (siehe Amnesty International und die Ratschläge von CANVAS 2025¹² hierfür). Und es gibt natürlich auch verschiedene Vorsichtsmaßnahmen nicht-digitaler Art (z.B. Verzicht auf die Nutzung von digitalen Medien für bestimmte Mitteilungen, Maskierung durch Ganzkörper-Puppen).

Das erwähnte Center for Applied Nonviolent Actions and Strategies (2024) bezeichnet die Entwicklung einer Strategie zur digitalen Kommunikation als absolut vorrangig und macht dazu eine Reihe praktischer Vorschläge.¹³

9 Vergl. Johansen, Jørgen & Brian Martin (2019): Social Defence. Sparsnäs:Irene Publishing, S. 74ff
Nennstiel, Julia (2023): Anpassung des SV-Konzepts an das 21. Jahrhundert. In: Bund für Soziale Verteidigung (Hrsg.) 2023, Soziale Verteidigung. Dokumentation der Jahrestagung 12.-14. Mai 2023 in Hannover. Hintergrund- und Diskussionspapier Nr. 83. Minden:BSV. Verfügbar unter: <https://soziale-verteidigung.de/produkt/soziale-verteidigung-dokumentation-der-jahrestagung-23/>; Center for Applied Nonviolent Actions and Strategies (2025): Closing the Gap: Protecting Activists from Authoritarian Use of AI. Verfügbar unter: <https://canvasopedia.org/wp-content/uploads/2025/02/Closing-the-Gap.pdf>.

10 Eigenes Wissen der Autorin.

11 Center for Applied Nonviolent Actions and Strategies (2024): Protection & Resilience Strategies for Nonviolent Activists. Report, Fall 2024. Verfügbar unter: <https://canvasopedia.org/wp-content/uploads/2024/10/Protection-Resilience-Strategies-for-Nonviolent-Activists-Web-1.pdf>

Center for Applied Nonviolent Actions and Strategies (2025): Closing the Gap: Protecting Activists from Authoritarian Use of AI. Verfügbar unter: <https://canvasopedia.org/wp-content/uploads/2025/02/Closing-the-Gap.pdf>. Beim International Center for Nonviolent Conflict gibt es keine entsprechenden Publikationen. Siehe aber auch: Chenoweth, Erica (2021): Civil Resistance. What everyone needs to know. Oxford University Press.

12 <https://securitylab.amnesty.org/tools-and-guides/>

13 Center for Applied Nonviolent Actions and Strategies (2024) a.a.O., S. 14. Unter anderem gehören hier dazu Verschlüsselung, Backups und Ausschalten der Lokalisierung (Wobei letzteres nicht wirklich hilft, denn auch ausgeschaltete Handys können wohl geortet werden). Weitere Tipps zum digitalen Selbstschutz im Infokasten in Artikel 9 in vorliegenden Hintergrund- und Diskussionspapier.

MENSCHEN VOR GEWALT SCHÜTZEN: UNBEWAFFNETER ZIVILER SCHUTZ

Sowohl beim Schutz von Menschenrechtsverteidiger*innen, zivilen Widerstand Leistenden wie beim Schutz von Zivilist*innen in Kriegs- und Krisengebieten kommt ein Ansatz zum Tragen, den wir hier in Deutschland ursprünglich Ziviles Peacekeeping genannt haben, für den sich jetzt aber der Begriff des Unbewaffneten Zivilen Schutzes durchgesetzt hat.

Dabei geht es um den „... direkten physischen Schutz von Zivilist*innen durch geschulte, unbewaffnete Zivilist*innen vor, während und nach gewaltsamen Konflikten. Durch direkten Schutz unterstützt er die lokale Zivilbevölkerung dabei, sich selbst und ihre Gemeinschaften zu schützen und gewaltsame Konflikte zu transformieren.

[Zu den Methoden gehören] Schutzbegleitung und schützende Präsenz, von der Gemeinschaft geleitete Sicherheitsinitiativen wie Frühwarn- und Frühreaktionsmechanismen, gegenseitiger Schutz durch Zivilist*innen mittels Frauen- und Jugendschutzteams, Techniken zur Deeskalation von Konflikten, Überwachung von Waffenstillständen und Friedensabkommen durch Zivilist*innen, die Einrichtung waffenfreier Zonen – und vieles mehr.“¹⁴

Dieser Ansatz wird von etlichen internationalen Organisationen praktiziert, die in Krisenregionen tätig sind. Dazu gehören u.a. Peace Brigades International, Nonviolent Peaceforce, Community Peacemaker Teams, Operazione Colomba und Meta Peace Teams.

Aber sie sind nicht die Einzigen: In vielen Ländern sind auch einheimische Organisationen tätig, wie z.B. die D.C Peace Teams (s. Artikel 4 von Eli McCarthy). Solche lokale Formen des Unbewaffneten Zivilen Schutzes (UCP) finden sich in vielen verschiedenen gewalttätigen Kontexten, wo Gemeinschaften kontextangepasste Reaktionen und Frühwarnmechanismen entwickeln, die die Menschen sicherer machen.

Die Frage des Selbstschutzes von Gemeinschaften ist in den letzten zehn Jahren in den Blickpunkt des Konzepts gerückt. Das Forschungsnetzwerk Creating Safer Space, das von der Universität Aberystwyth (Wales) koordiniert wird, konzentriert sich in seiner Forschung und seinen Veröffentlichungen auf solche lokale Prozesse.¹⁵ In den von Creating Safer Space durchgeführten Studien und einem von Nonviolent Peaceforce organisierten Projekt für bewährte Praktiken des unbewaffneten Zivilen Schutzes wurden einige wichtige Faktoren identifiziert. Creating Safer Space fasst diese wie folgt zusammen:

- „Überall auf der Welt schützen Zivilist*innen sich selbst und andere vor Gewalt mit unbewaffneten, gemeinschaftsorientierten Methoden, die über Generationen hinweg entwickelt wurden und von Frauen und Männern angeführt und durchgeführt werden, meist ohne dass sie von externen Akteuren ausgebildet wurden.

¹⁴ https://nonviolentpeaceforce.org/wp-content/uploads/2022/11/UCP_An-Introduction.pdf. Übersetzung mithilfe von DeepL.com

¹⁵ <https://creating-safer-space.com/>; Blieseman de Guevara und andere 2024a

- Bei ihren Schutzbemühungen machen sich die lokalen Gemeinschaften die Erfahrungen und das Wissen zunutze, das sie durch ihr Leben inmitten von Gewalt haben; sie wissen, was in ihrem Umfeld funktioniert und warum.
- Lokale Formen des unbewaffneten Zivilen Schutzes (UCP) finden sich in vielen verschiedenen gewalttätigen Kontexten, in denen Gemeinschaften kontextangepasste Reaktionen und Frühwarnmechanismen entwickeln, die die Menschen sicherer machen.
- Die Lokalisierung von Reaktionen auf und die Prävention von Schäden durch Gewalt muss mit der Anerkennung bestehender Schutzmechanismen und Kenntnisse der Gemeinschaft beginnen.
- Die Unterstützung, Finanzierung und Vernetzung von UCP auf lokaler Ebene ist ein kosteneffizienter Weg, um gewaltsame Konflikte und Vertreibungen in der ganzen Welt zu bekämpfen.“¹⁶

Frühwarnsysteme spielen oft eine sehr wichtige Rolle, entweder durch Mobiltelefone und Textnachrichten oder durch traditionellere Mittel wie Straßenschilder, wenn es keinen Telefonanschluss gibt. Nicht die Warnung selbst ist wichtig, sondern die Vorbereitung auf das, was zu tun ist, wenn die Warnung eintrifft. In Bürgerkriegen bedeutet dies oft, dass man sich auf die Flucht vorbereiten muss - wohin soll man gehen, was soll man mitnehmen, wie kann man Familien wieder zusammenführen, die möglicherweise getrennt wurden, z. B. wenn die Kinder in einer nahe gelegenen Stadt zur Schule gehen und ihr Dorf angegriffen wird.¹⁷

SICH AUF REPRESSION VORBEREITEN: SOZIALE VERTEIDIGUNG

Last not least, die Soziale Verteidigung. Sie soll hier definiert werden als Konzept der Abwehr von gewaltsamen Bedrohungen nicht nur im Falle eines militärischen Angriffs, sondern auch der Bedrohung durch autoritäre Machtergreifungen, sei es in Form von Putschen (wie es in der „klassischen“¹⁸ Literatur über Soziale Verteidigung beschrieben wird) oder sei es in der Form von Machtergreifung infolge demokratischer Wahlen, nach der dann die gewählte Regierung beginnt, die Demokratie nach und nach einzuschränken oder abzuschaffen. Das konnte in vergangenen Jahren in Polen und Ungarn beobachtet werden und seit 2025 auch in den USA unter Trump. Anders als bei zivilem Widerstand bei Aufständen geht es hier in erster Linie um die Bewahrung, um die Abwehr, nicht um proaktive Veränderung. Die Übergänge sind natürlich fließend.



Diskussionsbeitrag auf der Tagung;
Foto: Peter Steudtner

16 Bliesemann de Guevara, Berit, Rachel Julian und Nerve V. Macaspac (2024): 'Nonviolent Community Strategies Protect Civilians Across the World', Policy Brief 6/2024, Creating Safer Space, <https://creating-safer-space.com/policy-briefs/>

17 Blieseman de Guevara et al 2024 a.a.O

18 Damit ist die wissenschaftliche Literatur zwischen ca. 1958 und Mitte der 1990er Jahre gemeint.

Auch hier stellt sich die Frage, wie die Menschen sich selbst und ihre Mitbürger*innen vor Repression schützen können. Zwar ist es unwahrscheinlich, dass im Falle einer militärischen Aggression eine „Friedensarmee“ zwischen den Fronten eingesetzt wird, um den Angriff zu verhindern, wie es sich Maud Roydon in den 1930er Jahren und viele ihrer Nachfolger*innen vorgestellt haben.¹⁹ Aber wie oben erwähnt findet der Ansatz des Unbewaffneten Zivilen Schutzes auch in Kriegsgebieten Anwendung – sei es, falls es möglich ist, durch internationale Organisationen, oder durch die Betroffenen selbst.

In der Literatur über Soziale Verteidigung findet das Thema des Schutzes allerdings bislang wenig Berücksichtigung. Zwar wird angesprochen, dass der Verzicht auf Waffen auf Seiten der Verteidiger*innen nicht bedeutet, dass sie keiner Gewalt ausgesetzt seien, aber beim Thema Gewalt gegen die Widerstand Leistenden kommen viele Autor*innen der Sozialen Verteidigung sehr schnell auf das „Backfire“ zu sprechen.

Auch ist zu bedenken: Diktatoren und Aggressoren haben ihre Methoden der Repression inzwischen sehr an zivilen Widerstand angepasst. Sie sind nicht mehr überrascht, wie sie es im Ruhrkampf 1923 oder in der CSSR 1968 gewesen sein mögen. Stattdessen haben sie gelernt, wie man zivilen Widerstand effektiv bricht. Das war auch bei dem russischen Angriff auf die Ukraine 2022 zu beobachten. Russische Agent*innen, die im Donbas angeworben worden waren, erstellten u.a. Listen der Bevölkerung und deren Einstellung zu Russland.

Kontrollen auf der Straße, Hausdurchsuchungen und Befragungen – oft unter Folter in den berüchtigten Kellern; das Abhängigmachen von Einkommen oder humanitärer Hilfe von der Annahme russischer Pässe – dienten der Einschüchterung und des Brechens des Widerstands.²⁰

Wie beim Unbewaffneten Zivilen Schutz generell dürfte auch in Szenarien Sozialer Verteidigung der Aufbau von Beziehung zu dem Angreifer wesentlich sein. Dabei geht es nicht darum, den Angreifer durch das Aufsichnehmen von eigenem Leiden zu überzeugen – eine Strategie, deren generelle Wirksamkeit ich eher bezweifle. Es geht schlicht darum, eine menschliche Beziehung herzustellen. Im besten Fall werden die Soldat*innen der angreifenden Seite verunsichert und stellen ihre Befehle in Frage, Kommandeure nehmen davon Abstand, Gewalt anzuwenden, und potenzielle Konfliktsituationen können durch Dialog gelöst werden. Dieser Ansatz wird in der Literatur oft als „Ermutigung“ bezeichnet. Er umfasst neben dem Aufbau von Beziehungen auch das Modellieren alternativer Möglichkeiten des Umgangs miteinander und mit Dritten.

19 Vergl. Chenoweth 2021 und Studien über den russischen Angriff auf die Ukraine, vor allem Watling, Jack, Oleksandr V. Danylyuk & Nick Reynolds (2023): Preliminary Lessons from Russia's Unconventional Operations During the Russo-Ukrainian War, February 2022–February 2023. USI Special Report. Royal United Services Institute for Defence and Security Studies. Verfügbar online: <https://static.rusi.org/202303-SR-Unconventional-Operations-Russo-Ukrainian-War-web-final.pdf.pdf>.

20 Vergl. Weber, Thomas (2000): A History of Nonviolent Interposition and Accompaniment. In Nonviolent Intervention Across Borders. A Recurrent Vision. Hrsg. Moser-Puangsuwan, Yeshua and Weber, Thomas. Honolulu: Spark M. Matsunaga Institute for Peace, S. 45-72



Visualisierung des Vortrages von Dr. Christine Schweitzer

SCHUTZ IST MEHR ALS DER SCHUTZ MENSCHLICHEN LEBENS

Einen letzten Gedanken möchte ich noch zum Thema Schutz ansprechen: Bislang ging es allein um den Schutz von Menschen, ihres Lebens und Wohlergehens. Aber das ist zu kurz gedacht. Es geht auch darum, die Mitwelt zu schützen. Der Klimawandel und Verlust an Biodiversität sind in meinen Augen zusammen mit der Bedrohung durch Rechtsextreme – die den Klimawandel ja gerne noch dann leugnen, wenn ein Tornado gerade ihr Haus weggeblasen hat – die größten Bedrohungen, denen wir uns gegenübersehen. Deshalb sollten wir dem Aspekt des Schutzes der Mitwelt eine gewichtige Rolle in Schutzkonzeptionen einräumen.



Diskussionsbeitrag auf der Jahrestagung
Foto: Peter Steudtner

EMERGENCY RESPONSE ROOMS IM SUDAN: WIE ORGANISIERTE NACHBARSCHAFTEN ZU LEBENSADERN IM KRIEG WURDEN

Bana Group & Bund für Soziale
Verteidigung

Als im Sudan am 15. April 2023 der Krieg zwischen den sudanesischen Streitkräften (SAF) und den Rapid Support Forces (RSF) ausbrach, brachen innerhalb weniger Tage nicht nur die Frontlinien auf. In vielen Städten kollabierten auch die Grundlagen des täglichen Lebens: Strom fiel aus, Wasser und Nahrungsmittel wurden knapp, Krankenhäuser wurden zerstört, Medikamente verschwanden aus den Regalen und staatliche Institutionen waren kaum noch handlungsfähig. Millionen Menschen standen plötzlich vor der Frage, wie sie überleben sollten.



Graffiti Sudan, Künstler*in unbekannt, Foto: Julia Kramer

In dieser Situation entstanden die sogenannten Emergency Response Rooms (ERRs) nicht aus dem Nichts. Sie bauten auf Strukturen auf, die bereits während der sudanesischen Revolution gegen die jahrzehntelange Diktatur entstanden waren: den Nachbarschafts- und Widerstandskomitees. Was zunächst als Organisierungsinstrument und Selbstschutz gegen staatliche Repression begann, entwickelte sich in Kriegszeiten zu einem der bemerkenswertesten zivilgesellschaftlichen Hilfssysteme der Gegenwart. Daher wurden die ERRs auch für den Friedensnobelpreis 2025 nominiert und erhielten im gleichen Jahr den sogenannten „Alternativen Friedensnobelpreis“, den Right Livelihood Award.

Die Geschichte der Emergency Response Rooms zeigt, welche Bedeutung lokale Selbstorganisation haben kann, wenn staatliche Strukturen versagen. Gleichzeitig macht sie deutlich, wie verletzlich solche Netzwerke bleiben – und welche Lehren sich daraus für Schutzansätze in Krisen und Konflikten ziehen lassen.

Von der Revolution zur gegenseitigen Hilfe

Die Wurzeln der heutigen Emergency Response Rooms reichen in die Zeit der sudanesischen Revolution zurück. Während der Proteste gegen das autoritäre Regime von Omar al-Bashir waren Demonstrierende massiver Gewalt ausgesetzt. Sicherheitskräfte gingen gegen Kundgebungen vor, verhafteten Aktivist*innen und versuchten, Proteste in den Wohnvierteln zu unterdrücken.

Viele Menschen begannen deshalb, sich auf Nachbarschaftsebene zu organisieren – aufbauend auf einer ohnehin kulturell starken nachbarschaftlichen Unterstützung. Junge Menschen, Familien und lokale Gemeinschaften schlossen sich zusammen, um ihre Straßen und Viertel zu schützen. Sie entwickelten lokale Warnsysteme, und wenn notwendig errichteten sie Barrikaden und blockierten Zufahrtswege.

Diese Strukturen hatten mehrere Funktionen zugleich. Sie erschwerten Sicherheitskräften den Zugang zu Wohngebieten, ermöglichten sichere Fluchtwege für Demonstrierende und unterstützten Menschen, die verfolgt oder verletzt wurden. Wer verhaftet werden sollte, konnte teilweise über ein dichtes Netz von Nachbar*innen und Unterstützer*innen versteckt oder in Sicherheit gebracht werden.

Besonders wichtig war dabei die lokale Verankerung. Menschen kannten einander, vertrauten einander und konnten schnell handeln. Die Komitees verbanden Menschen unterschiedlicher politischer Ansichten, sozialer Hintergründe und Identitäten. Entscheidend war nicht ideologische Übereinstimmung, sondern die gemeinsame Verantwortung für das eigene Viertel. Auf der Grundlage konnte eine breite Mehrheit der Bevölkerung mobilisiert werden, trotz starker Repression den Mut zum Widerstand zu finden.

Die Komitees nahmen auch weitere Aufgaben wahr: Vernetzung und Entscheidungsfindung untereinander, Medienarbeit u.v.a.

Diese Infrastruktur des Vertrauens sollte sich später als überlebenswichtig erweisen.

Der Krieg und der Zusammenbruch des Alltags

Als 2023 der Krieg begann, kam das öffentliche Leben vielerorts praktisch zum Erliegen. Wasser- und Stromversorgung brachen zusammen. Krankenhäuser wurden zerstört oder mussten schließen. Lieferketten funktionierten nicht mehr. Viele Familien konnten ihre Angehörigen nicht erreichen, weil Kommunikationsnetze ausfielen.

In dieser Situation verfügten die Nachbarschaftskomitees bereits über etwas, das in Krisen unbezahlbar ist: funktionierende Beziehungen, Kommunikationswege und lokale Organisationsstrukturen.

Aus den Widerstandskomitees wurden vielerorts Emergency Response Rooms. Ihre Aufgabe war nun nicht mehr primär politischer Protest, sondern unmittelbare humanitäre Hilfe.

Die ERRs organisierten:

- Beschaffung und Verteilung von Lebensmitteln; Straßenküchen
- Bereitstellung von Trinkwasser
- Unterstützung für Kranke und Verletzte
- Beschaffung von Medikamenten
- Evakuierungen aus umkämpften Gebieten
- Notunterkünfte für Vertriebene
- Informationsweitergabe über sichere Fluchtwege
- Unterstützung besonders gefährdeter Personen
- Anlaufstelle um vermisste Angehörige zu suchen
- Rettungs- und Aufräumarbeiten nach Bombenangriffen

In vielen Stadtteilen wurden sie zur ersten und oft einzigen Anlaufstelle für Menschen in Not.

Wie ein Emergency Response Room funktioniert

Die Bezeichnung „Emergency Response Room“ klingt nach einer professionellen Einrichtung. Tatsächlich handelt es sich oft um hochgradig improvisierte Strukturen.

Ein ERR kann aus wenigen Freiwilligen bestehen, die über Mobiltelefone kommunizieren (im Sudan sind dies vorwiegend WhatsApp-Gruppen). Andere umfassen Dutzende oder Hunderte Personen innerhalb eines Stadtteils. Häufig übernehmen verschiedene Teams unterschiedliche Aufgaben.

Einige sammeln Informationen über aktuelle Gefahrenlagen. Andere organisieren Transporte oder suchen nach verfügbaren Medikamenten. Wieder andere koordinieren Spenden und verteilen Lebensmittel oder organisieren Straßenküchen. Besonders wichtig ist dabei die genaue Kenntnis des lokalen Umfelds. Die Beteiligten wissen, welche Familien Unterstützung benötigen, wo ältere Menschen leben oder welche Straßen aktuell passierbar sind. In vielen Fällen konnten Hilfsgüter dadurch deutlich zielgerichteter verteilt werden als durch externe Akteure, die keinen Zugang zu den betroffenen Gebieten hatten.

Die Rolle der Diaspora

Eine oft übersehene Dimension der Emergency Response Rooms ist die Zusammenarbeit zwischen Menschen im Sudan und der sudanesischen Diaspora.

Als viele Kommunikationswege zusammenbrachen, versuchten Angehörige im Ausland verzweifelt herauszufinden, ob Familienmitglieder noch lebten. Gleichzeitig entstanden neue Unterstützungsnetzwerke im Sinne von „Mutual Aid“ oder „Solidarischer Fürsorge“ über Ländergrenzen hinweg.

Sudanese*innen z.B. in Europa, Nordamerika oder Arabischen Ländern sammelten Geld, beschafften Medikamente und halfen dabei, Informationen weiterzugeben. Teilweise wurden Bedarfe aus den Kriegsgebieten über Mobiltelefone und zeitweise verfügbare Internetverbindungen gemeldet. Anschließend organisierten Unterstützer*innen im Ausland etwa Medikamente oder finanzielle, sowie logistische Hilfe.

So entstanden transnationale Solidaritätsnetzwerke, die lokale Selbstorganisation und internationale Unterstützung miteinander verbanden. Die Diaspora wurde dadurch nicht nur zu einer Finanzierungsquelle, sondern zu einem aktiven Bestandteil der humanitären Infrastruktur.

Schutz als gesellschaftliche Aufgabe

Für Menschen, die sich mit Schutzansätzen in Krisen beschäftigen, sind die Erfahrungen der Emergency Response Rooms besonders interessant.

Traditionell wird Schutz häufig als Aufgabe von Staaten, internationalen Organisationen oder Sicherheitsakteuren verstanden. Die sudanesischen Erfahrungen zeigen jedoch, dass Schutz auch von Gemeinschaften selbst organisiert werden kann – und im Notfall organisiert werden muss, wie die Erfahrungen vieler Menschen in Regionen mit Kolonialisierungsgeschichte zeigen.

Schutz bedeutete hier nicht nur körperliche Sicherheit vor Gewalt oder körperliche Rettung nach Bombenangriffen. Er umfasste ebenso:

- Zugang zu Nahrung
- Zugang zu medizinischer Versorgung
- Informationen über Risiken
- soziale Unterstützung
- psychologische Stabilität
- gemeinschaftliche Handlungsfähigkeit

Die ERRs machten deutlich, dass Resilienz nicht erst im Krisenfall entsteht. Sie basiert auf Beziehungen, Vertrauen und Organisationsstrukturen, die bereits vorher aufgebaut wurden. Eine zentrale Lehre lautet deshalb: Gemeinschaften, die sich in normalen Zeiten organisieren, verfügen in Krisenzeiten über deutlich bessere Handlungsmöglichkeiten.

Die Grenzen lokaler Selbstorganisation

Trotz aller Erfolge warnt die sudanesische Aktivistin Mona Khogali davor, die Emergency Response Rooms zu romantisieren. Die Arbeit der Freiwilligen war und ist extrem gefährlich. Viele mussten unter Beschuss reisen, um z.B. Medikamente zu beschaffen oder Hilfsgüter zu transportieren. Sie arbeiten unter Bedingungen, die sie selbst permanent gefährden. Die Beschaffung von Ressourcen ist extrem prekär und für eine Bewegung auf Dauer für die Versorgung vieler Menschen in der laut UN aktuell größten humanitären Krise der Welt, kaum zu leisten.

Hinzu kommt, dass solche Netzwerke stark von einzelnen Menschen abhängen. Wenn Freiwillige fliehen müssen, erschöpft sind oder selbst Opfer von Gewalt werden, können ganze Unterstützungsstrukturen zusammenbrechen. Außerdem wurden und werden ERR oder besonders sichtbare ERR-Aktivist*innen von den Konfliktparteien teils gezielt angegriffen und teils unter Druck vereinnahmt.

Lokale Selbstorganisation ist deshalb nicht losgelöst oder als dauerhafte Alternative zu internationaler Hilfe zu sehen – die weiterhin zusätzlich zu politischem Druck auf die Konfliktparteien gefordert werden muss. Daher werden aktuell Diskurse geführt, wie humanitäre Hilfe unter die Kontrolle lokaler Strukturen gegeben werden kann, damit diese dann nach ihrem Ermessen die lokalen Dringlichkeiten priorisieren, anstatt dass dies von externen Akteur*innen im Globalen Norden getan wird – und gleichzeitig Korruption zu vermeiden.

Transnationale Repression als neue Herausforderung

Neben den unmittelbaren Kriegsfolgen sehen sich viele sudanesischen Aktivist*innen einer weiteren Gefahr ausgesetzt: transnationaler Repression. Darunter versteht man Versuche autoritärer Akteure, Kritiker*innen auch außerhalb des eigenen Landes einzuschüchtern, zu überwachen oder unter Druck zu setzen.

Gerade Menschen, die in der Diaspora humanitäre Netzwerke unterstützen, politische Informationen verbreiten oder Spenden organisieren, können davon betroffen sein. Das wird umso komplexer, als dass der Hebel dafür auch Druck auf deren Familienangehörige im Sudan aber auch in Staaten sein kann, die mit einer der Konfliktparteien verbündet sind (z.B. UAE, Ägypten). Dies schafft neue Herausforderungen für die sudanesischen Zivilgesellschaft, und ist auch wichtig mitzudenken in solidarischen Aktivitäten. Internationaler Schutz muss heute nicht nur vor Ort im Sudan gedacht werden, sondern auch über Grenzen hinweg.

Was wir von den Emergency Response Rooms lernen können

Die Erfahrungen aus dem Sudan zeigen eindrucksvoll, dass Schutz nicht allein von Institutionen ausgehen muss. In Situationen extremer Gewalt können lokale Gemeinschaften zu entscheidenden Akteuren des Überlebens werden.

Dafür braucht es jedoch mehr als spontanes Engagement. Entscheidend sind langfristig gewachsene Beziehungen, gegenseitiges Vertrauen und lokale Organisationsstrukturen. Die Emergency Response Rooms entstanden nicht erst mit dem Krieg. Sie bauten auf Netzwerken auf, die Jahre zuvor während der Revolution entstanden waren. Gerade darin liegt ihre wichtigste Botschaft: Resilienzstrukturen sollten nicht erst in der Krise geschaffen, sondern lange davor.

Die Emergency Response Rooms sind damit weit mehr als eine humanitäre Notlösung. Sie sind ein Beispiel dafür, wie Gesellschaften selbst unter Bedingungen von Krieg, Gewalt und staatlichem Zusammenbruch Handlungsmacht bewahren können.



Graffiti Sudan, Künstler*in unbekannt, Foto: Julia Kramer

GEMEINSCHAFTSBASIERTE, DEESKALIERENDE SCHUTZMASSNAHMEN

basierend auf dem Vortrag von Eli McCarthy



Eli McCarthy ist Professor im Studiengang Gerechtigkeit und Frieden an der Georgetown University. Sein jüngstes Buch trägt den Titel „A Just Peace Ethic Primer“. Er ist als „Just Peace Fellow“ beim Franciscan Action Network tätig. Außerdem ist er Mitbegründer des DC Peace Team, das Schulungen in gewaltfreien Methoden anbietet und unbewaffnete zivile Schutzeinheiten einsetzt.

Wenn über Schutz vor Gewalt gesprochen wird, denken viele zuerst an Polizei, Sicherheitsdienste oder internationale Friedensmissionen. Weit weniger bekannt ist ein Ansatz, der in den letzten Jahren weltweit an Bedeutung gewonnen hat: community-basierter Schutz, wie **Unarmed Civilian Protection (UCP)** – also unbewaffneter Schutz durch Menschen aus der Nachbarschaft, Zivilgesellschaft, Community, die Gewalt verhindern, deeskalieren und bedrohte Personen begleiten, ohne selbst bewaffnet zu sein.

Das klingt für manche zunächst idealistisch. Tatsächlich wird es weltweit praktiziert, etwa im Westjordanland, Südsudan oder Kolumbien.

UCP wird in bewaffneten Konflikten ebenso eingesetzt wie in Nachbarschaften, bei Demonstrationen, in öffentlichen Räumen, gegenüber Hassgewalt oder in Situationen, in denen Menschen belästigt, eingeschüchtert oder angegriffen werden. Entscheidend ist dabei nicht heroisches Eingreifen, sondern eine trainierte, organisierte und lokal verankerte Praxis des Schutzes.

Was ist Unarmed Civilian Protection?

UCP bezeichnet Strategien, mit denen Zivilist*innen andere Zivilist*innen vor Gewalt schützen – ohne Waffen, aber durch Präsenz, Beziehung, Organisation und Deeskalationskompetenz. Dabei geht es nicht nur um das unmittelbare Unterbrechen einer Eskalation, sondern um ein ganzes Set an Schutzpraktiken: Beobachtung, Begleitung, Vermittlung, Schutzpräsenz, Organisation der Gemeinschaft, Nachsorge und präventive Planung.

Vier Grundorientierungen ziehen sich durch viele UCP-Ansätze:

1. Primat der am stärksten Gefährdeten.

Schutz orientiert sich zuerst an den Menschen, die akut von Gewalt, Einschüchterung oder Ausschluss betroffen sind.

2. Würde aller Beteiligten.

Das bedeutet nicht, Übergriffe zu relativieren. Es bedeutet, auch im Konflikt nicht zu entmenslichen – weder die bedrohte Person noch die aggressive Person.

3. Gewaltfreiheit als Handlung, nicht als Passivität.

Gewaltfreiheit heißt hier nicht „nichts tun“, sondern wirksam handeln, ohne zu demütigen, zu eskalieren oder selbst Gewalt auszuüben.

4. Nicht-Parteilichkeit im Sinne von Multi-Parteilichkeit.

UCP ist nicht neutral gegenüber Gewalt oder Menschenrechtsverletzungen. Aber es versucht, mit möglichst vielen Akteur*innen arbeitsfähig zu bleiben, um Zugang, Vertrauen und Handlungsspielraum zu gewinnen.

Schutz beginnt mit Situationskompetenz

In der Praxis ist die erste Kompetenz, Situationen lesen zu können.

Sie könnten mit dem Eingreifen warten, wenn der Konflikt konstruktiv oder gesund wirkt (lautes Auftreten ist womöglich in Ordnung) oder die betroffene Person scheinbar etwas Hilfreiches tut. Andere Personen könnten bereits helfen, versuchen, die Situation einzuschätzen, oder selbst unter starker Angst oder einem Trauma leiden.

Sie könnten sich für ein Eingreifen entscheiden, wenn der Konflikt sehr destruktiv und ungesund wirkt, die betroffene Person große Angst zeigt oder um Hilfe bittet, niemand sonst eingreift, sich eine körperliche Konfrontation zuspitzt oder es zu körperlichen Übergriffen kommt – oder wenn Sie persönlich das Gefühl haben, handeln zu müssen.

Deeskalation beginnt im eigenen Nervensystem

Wer selbst getriggert, panisch oder desorientiert ist, hilft oft weniger. Gute Schutzarbeit beginnt deshalb auch mit Selbstregulation. Ein bemerkenswert unterschätzter Punkt in UCP-Trainings ist das sich Zentrieren: die Fähigkeit, sich in einer angespannten Situation innerlich zu sammeln, bevor man handelt. Das kann ein tiefer Atemzug sein, ein kurzes Innehalten, eine innere Affirmation, eine bewusste Körperhaltung oder die Erinnerung an den eigenen Auftrag.

Präsenz ist oft wirksamer als große Worte

Viele Eskalationen lassen sich nicht durch Argumente lösen, sondern durch verkörperte Präsenz. Dazu gehören die Körperhaltung, Abstand, Blickkontakt, Position im Raum und die Frage, wem man sich zuerst zuwendet.

Wenn eine Person belästigt oder bedroht wird, kann es deeskalierend sein, sich sichtbar in ihre Nähe zu begeben, sich neben sie zu stellen oder zu setzen, ihr Blickkontakt und soziale Rückendeckung zu geben. Schon diese Form von Präsenz kann signalisieren: Du bist nicht allein. Jemand sieht, was passiert.

Gegenüber einer aggressiven Person kann eine offene, nicht bedrohliche Körperhaltung helfen: Hände sichtbar, keine Kampfhaltung, eher seitlich als frontal, ruhige Stimme, klare Bewegungen. Es geht darum, weder Unterwerfung noch Gegenaggression auszustrahlen.

Deeskalierende Taktiken

1. Nähe zur betroffenen Person herstellen

Nicht zuerst in Richtung der aggressiven Person handeln, sondern Schutz bei der betroffenen Person aufbauen: hingehen, Blickkontakt, fragen „Soll ich kurz bei dir bleiben?“ oder „Wollen wir hier raus?“

2. Mit Ablenkung arbeiten

Nicht jede Situation braucht sofort Konfrontation. Eine überraschende Unterbrechung kann Spannung brechen: eine harmlose Frage, ein Ortswechsel, Wasser anbieten, ein banaler Gesprächseinstieg, der den Tunnel der Aggression kurz unterbricht.

3. Gefühle und Bedürfnisse spiegeln

Statt „Beruhigen Sie sich!“ eher: „Sie wirken gerade richtig wütend“ oder „Ich glaube, hier geht es gerade um mehr als nur dieses Getränk.“ Das nimmt nicht die Verantwortung weg, kann aber den nächsten Eskalationsschritt verhindern.

4. Dialog und Empathie

Eine Orientierung für empathische schwierige Gespräche bietet die CLARA-Methode, siehe weiter unten.

5. Gesichtswahrende Formulierungen

Sätze wie „Lass uns hier einen Weg finden, bei dem niemand verletzt wird“ oder „Sie sind gerade wichtig, und die andere Person auch“ wirken oft besser als moralische Zurechtweisung. Das gilt besonders bei Menschen, die sich übersehen, beschämt oder entwertet fühlen.



Eine Sammlung an Videos, Methoden, Arbeitsmaterialien und weiterführenden Informationen

https://soziale-verteidigung.de/wp-content/uploads/2026/08/Weiterfuehrende-Ressourcen_Eli-McCarthy.pdf

6. Fragen stellen, Optionen anbieten

Aggressive Situationen verengen Wahrnehmung. Wer Wahlmöglichkeiten eröffnet, schafft Handlungsspielraum: „Wollen wir zwei Schritte rübergehen?“, „Sollen wir kurz Wasser holen und dann weiterreden?“, „Können wir die Stimme senken und das anders klären?“

7. Verbundenheit/Solidarität vermitteln:

Formulierungsbeispiele: „Wir sind eine Gemeinschaft/Familie. Wir können einen Weg hierdurch finden. Wir können den Bedürfnissen aller hier gerecht werden. Lass uns einen Gang zurückschalten. Lass uns das gemeinsam angehen; lass uns diesen Kreislauf der Gewalt durchbrechen; - Leid teilen: „Ich hatte auch schon Angst; ich war auch schon richtig wütend; ich hatte Schwierigkeiten in Beziehungen; ich habe auch schon Fehler gemacht“

8. Verbündete gezielt ansprechen

Nicht allgemein in die Menge rufen „Kann jemand helfen?“, sondern konkret delegieren: „Sie mit der blauen Jacke – können Sie bitte kurz bei der Person bleiben?“ oder „Könnt ihr zwei den Weg nach hinten freihalten?“

9. Unterstützende isolieren

Der*die Aggressor*in inszeniert sich oft vor Freund*innen oder anderen; identifizieren Sie eine*n solche*n Unterstützer*in und versuchen Sie, dessen*deren Aufmerksamkeit zu gewinnen, um die Rückendeckung für den*die Aggressor*in zu minimieren.

10. Abstand schaffen

Wenn die betroffene Person es will und es möglich ist: aus der Situation herausbegleiten. Distanz ist eine der wirksamsten Schutzmaßnahmen – und oft die einfachste.

11. Interposition nur bewusst und trainiert

Sich körperlich zwischen Menschen zu stellen, einen Schutzkreis zu bilden oder Bewegungen zu blockieren, kann nötig sein – ist aber kein spontaner Held*innenreflex. Solche Formen der Interposition brauchen Training, Teamabsprachen und ein gutes Risikobewusstsein.

Zu vermeiden: Verschränken der Arme, Ballen der Fäuste, Signalisieren einer körperlichen Auseinandersetzung; keine Schläge, keine Entmenslichung.

12. Nachsorge nicht vergessen

Viele Interventionen enden zu früh. Wenn die akute Situation vorbei ist, beginnt oft erst der eigentliche Schutzbedarf: „Brauchst du Begleitung?“, „Soll jemand angerufen werden?“, „Willst du kurz sitzen, Wasser trinken, durchatmen?“



Visuelle Begleitung von McCarthy's Vortrag, Foto: Jochen Neumann

Die CLARA-Methode: ein brauchbares Gerüst für schwierige Gespräche

Diese Methode kann Orientierung für Gespräche in angespannten Situationen bieten, ohne in Rechtfertigung oder Konfrontation zu kippen.

C – Center (sich zentrieren)

Erst sich selbst regulieren, bevor man spricht.

L – Listen (zuhören)

Hinhören: Welche Gefühle, Erfahrungen, Werte oder Bedürfnisse sind bei der Person gerade im Spiel? Wut ist oft nur die Oberfläche. Darunter liegen häufig Kränkung, Kontrollverlust, Angst, Überforderung oder Scham.

A – Acknowledge (anerkennen)

Benennen und anerkennen, was man wahrnimmt – nicht das verletzende Verhalten, sondern die darunterliegende Erfahrung. Etwa: „Ich höre, dass Sie gerade extrem frustriert sind“ oder „Es klingt, als würden Sie sich gerade übergangen fühlen.“

R – Respond (reagieren)

Mit offenen, klärenden oder Wahlmöglichkeiten eröffnenden Fragen reagieren: „Was brauchen Sie gerade?“, „Welche andere Lösung wäre jetzt möglich?“, „Was würde helfen, damit das hier nicht weiter eskaliert?“

A – Add resources (Möglichkeiten anbieten)

Wenn passend, weitere Unterstützung, Optionen oder nächste Schritte anbieten.

Was gemeinschaftsbasierter Schutz politisch bedeutet

Gemeinschaftsbasierte Schutzansätze sind mehr als eine Sammlung nützlicher Deeskalationstechniken. Sie verschieben die Frage von „Wer kontrolliert Gewalt?“ zu „Wie organisieren Communities Sicherheit so, dass Menschenwürde, Teilhabe und Schutz zusammenkommen?“

Das ist gerade in Kontexten relevant, in denen staatliche Sicherheitsakteure für viele Betroffene nicht neutral, nicht zugänglich oder selbst Teil des Problems sind. UCP ersetzt nicht automatisch alle anderen Formen von Schutz. Aber es erweitert das Repertoire von Gemeinschaften, die sich nicht zwischen Ohnmacht und Repression entscheiden wollen.

Die politische Stärke dieses Ansatzes liegt darin, dass er Schutz **demokratisiert**: Menschen lernen, Risiken gemeinsam zu lesen, Verantwortung zu teilen, Gewalt zu unterbrechen und Beziehungen so aufzubauen, dass Eskalation weniger wahrscheinlich wird.



Eli McCarthy, Mona Khogali, Peter Steudtner und Julia Kramer beim Panel auf der BSV Jahrestagung
Foto: Jochen Neumann

INTERNATIONALE ANSÄTZE GANZHEITLICHER SICHERHEIT FÜR MENSCHENRECHTSVERTEIDIGER*INNEN



boellstiftung, CC BY-SA 2.0 <<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/2.0/>> via Wikimedia Commons

peter steudtner¹
Holistic Protection
Collective

Eine Einladung, wie auf der Tagung, so auch zu Beginn des Artikels zum Innehalten: Eine Fingerübung. Haltet die Hände so vor euch, dass die Zeigefinger nach oben zeigen, alle anderen Finger gebeugt. Dann knickt ihr den Zeigefinger ein und streckt ihn Waagerecht wieder aus, sodass die Zeigefinger aufeinander zeigen. Dann wieder einknicken und nach oben strecken... und so weiter oben - knicken - gerade - knicken - oben.... und so weiter. Das könnt ihr auch mit den Zeigefingern gegenläufig machen oder mit den kleinen Fingern... je nachdem, wie komplex wir es brauchen, um unserem Gehirn eine Pause zu gönnen. Und? Gerade noch an Schutzkonzepte oder ähnliches gedacht? Wahrscheinlich nicht. Und da fangen wir an: Wie begegnen wir der Repression gegen Menschenrechtsaktivist*innen?

*peter steudtner ist freiberuflicher Trainer für Holistic Security (ganzheitliche Sicherheit), Dokumentarfotograf und -filmemacher. Mit dem Holistic Protection Collective begleitet er Aktivist*innen und Journalist*innen sowie deren Organisationen und Kollektive langfristig resilienter und ganzheitlich sicherer zu werden.*

peter steudtner ist Co-Autor von <https://holistic-security.org>, <https://digital-first-aid.org>, <https://coping-with-prison.org>.

Für mich sind diese Fingerübungen immer wieder ein Teil von Schutzstrategien, weil sie mich aus Gedankenkreisen rausbringen. Viele Aktivist*innen, Menschenrechtsaktivist*innen, Umweltaktivist*innen oder auch Journalist*innen haben genau das Problem, dass die Repression so stark ist, dass es schwer ist, herunterzufahren, zu entspannen oder aufzutanken. Auch wenn sie nach Deutschland in Schutzaufenthalte kommen oder an andere sichere Orte. Die Körper sind meistens noch im Überlebensstress. Und da helfen so kleine Übungen manchmal. Da können sie die Brücke hin zu einem ganzheitlichen Sicherheitsansatz sein.

¹ Die Kleinschreibung des Namens entspricht der vom Autor gewählten Schreibweise.

Die Wurzeln des ganzheitlichen Sicherheitsansatzes (Holistic Security Approach - <https://holistic-security.org>) liegen in verschiedenen feministischen Bewegungen, die die unterschiedlichen Sicherheitsbereiche - körperliche, emotionale, digitale, juristische und so weiter, nie so getrennt haben, wie das in anderen aktivistischen und Menschenrechtskontexten passierte. Anfang der 2010er Jahre entwickelte dann eine Gruppe von Sicherheitstrainer*innen gemeinsam den Holistic Security Approach, der seitdem in unterschiedlichen Kontexten angepasst und weiter entwickelt wurde. Das Zusammenführen der Sicherheitsbereiche leuchtet sofort ein, wenn wir an Notfälle denken, wie: Unser Email-Konto wurde gehackt... das führt sofort zu mehr emotionalem Stress als wir eh schon haben. Und das Hacking führt vielleicht zu juristischen Konsequenzen... oder zu Schaden an der Reputation unserer Organisation... oder einfach dazu, dass ich vergesse, meine Wohnung oder das Büro abzuschließen. Also müssen wir die Bereiche auch in Sicherheitsbegleitungen und Trainings für Menschenrechtsaktivist*innen zusammenbringen. Denn: die staatliche oder in vielen Kontexten auch para-staatliche Repression und Gewalt ist sehr strategisch und so müssen auch wir strategisch sein im Widerstand gegen Autoritarismus oder in Demokratie- oder Umweltbewegungen in unseren Schutzansätzen.

Wenn wir von „Shrinking Spaces“, also dem staatlichen repressiven Einschränken unserer zivilgesellschaftlichen Aktionsräume, reden, geht es darum, zu verhindern, dass diese noch kleiner gemacht werden. Aus der Holistic Security-Perspektive, geht es einerseits darum, sie wieder größer werden zu lassen. Das kann auch bedeuten, die (gewaltfreien) Ellenbogen auch wieder ein bisschen auszufahren und für ein bisschen mehr Platz für uns zu sorgen. Andererseits geht es darum zu gucken, welche alternativen Strukturen wir dabei auch gemeinsam schaffen können: Intern, im Kümmern mit und um einander. Und das sind oft gemeinsame Räume, die wir bislang nicht geschaffen haben.



Peter Steudtner auf der Tagung; Foto: Jochen Neumann

Wohlfühlräume oder Räume zum Kraft schöpfen. Strategisches Wohlfühlen klingt jetzt vielleicht absurd, aber wenn wir aus dem sehr maskulinen 24/7-Aktivismus mal rausgehen, um uns nicht selbst und gegenseitig zu überfordern, dann kommen wir zu Self- und Collective Care-Ansätzen, die es lohnt auszuprobieren und auszubauen. Dazu gehören dann auch Sicherheitsmanagementansätze, um zum Beispiel bei Risikoanalysen Realitäts-Checks einzubauen, um weder in der Paranoia zu versinken noch blind die Bedrohungen zu ignorieren.

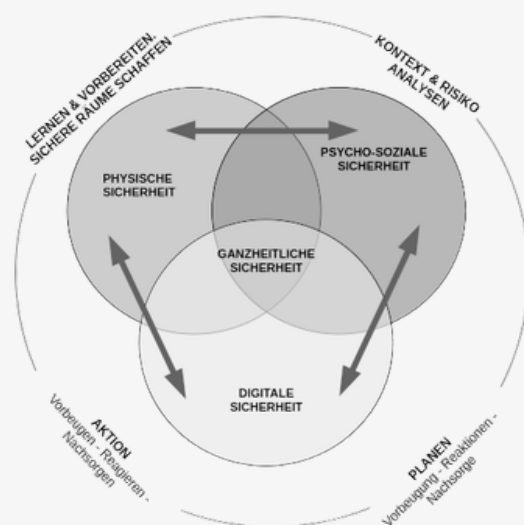
Das klingt jetzt sehr abstrakt. In Mexiko gibt es zum Beispiel mit Aluna Psicosocial (<https://www.alunapsicosocial.org/>) eine Organisation, die mit politisch-psychosozialen Ansätzen in der Menschenrechtsarbeit agiert. Aufbauend auf dem dortigen kollektiven Wissen um Trauma und Verletzbarkeit, aber auch um gemeinsame Stärken und Resilienz, bringen sie Risikoanalysen mit den politischen Analysen zusammen, die Sicherheitsstrategien mit den politischen Strategien. Sehr empowernd, stärkend - sanft und kraftvoll gleichzeitig.

In diesem Sinne kommen die unterschiedlichen Formen der Nachbarschaftsarbeit, die Mona Khogali und Eli McCarthy so eindrücklich und stärkend beschreiben, mit Audre Lorde's „(Collective) Care is Resistance“ zusammen:

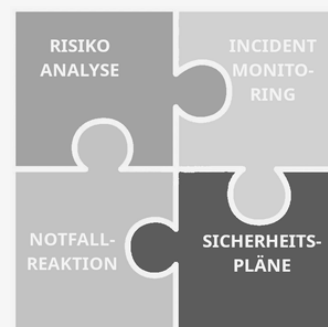
„Caring for myself is not self-indulgence, it is self-preservation, and that is an act of political warfare.“

Ganzheitliche Sicherheit

Im Workshop tauchten wir etwas tiefer in ganzheitliche Sicherheitsansätze ein: Während sich die verschiedenen Bereiche wie digitale, emotionale, physische, juristische, etc. Sicherheit ergänzen und je nach Kontext nicht getrennt werden können, kommt es auch darauf an, Sicherheitsmanagement strategisch anzugehen, da die Repression oft sehr strategisch ist:



Dabei ist es wichtig, die folgenden Sicherheitsmanagementkomponenten zusammen zu bringen:



Wichtig ist auch immer wieder die Unterscheidung zwischen Gefahr und eigentlichem Risiko. Nicht jede Bedrohung wird uns treffen und auch ihre Wirkungen lassen sich oft reduzieren oder entkräften (zum Beispiel im Digitalen Bereich durch Backups oder Ähnliches). So können wir Realitätschecks einbauen und der Paranoia Einhalt gebieten. Gleichzeitig beugen wir so auch der Betriebsblindheit vor, indem wir auf Risiken aufmerksam werden, die wir aus den Augen verloren hatten. Hilfreich ist beim gemeinsamen Gestalten von Sicherheitskonzepten, was ja zumeist in Workshops oder Gruppentreffen geschieht, davon auszugehen, dass auch diese Räume nicht 100% sicher sein können.

So nehmen wir den Braver Space Ansatz, der danach fragt, was wir brauchen und beitragen können, um gemeinsame Räume mit weniger Risiken zu gestalten.

Eine unserer wichtigsten Einsichten aus vielen Sicherheitsbegleitungen ist auch, dass niemand mit der Sicherheitsverantwortung für Teams und Gruppen alleine sein sollte, nicht bei den Risikoanalysen und auch nicht bei Planung und Durchführung. Geteilte Sicherheitserantwortung ermöglicht Selbst- und Community-Fürsorge.
#CarelsResistance

Links

Der Holistic Security Ansatz (EN): <https://holistic-security.org>
Risiko Analyse aus Psychosocialer Perspektive (EN): <https://www.alunapsicosocial.org/single-post/risk-assessment-in-human-rights-defense-methodological-guide-from-the-psychosocial-approach>
Ganzheitliche Sicherheit aus der Perspektive Lateinamerikanischer Menschenrechtsaktivist*innen (EN): <https://en.rootingcare.org/>
Digitaler Erste-Hilfe-Kasten (EN) <https://digitalfirstaid.org>
Braver Spaces Ansatz (EN): <https://ulexproject.org/wp-content/uploads/2025/11/Toolkit-for-creating-brave-spaces-1.pdf>



Panel zu internationalen Beispielen von Schutzansätzen; Foto: Jochen Neumann

NICHT ABWARTEN. GEGENMACHT ORGANISIEREN.



Mozamianac, CC BY-SA 4.0 <<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>>, via Wikimedia Commons

ÜBER AUTORITÄRE NORMALISIERUNG, ZIVILEN WIDERSTAND UND DIE KUNST, SAND INS GETRIEBE ZU STREUEN

basierend auf dem Vortrag von Arne Semsrott

Arne Semsrott ist Politikwissenschaftler, Journalist und Autor. Als Projektleiter von FragDenStaat setzt er sich für Transparenz und Informationsfreiheit ein. In seinem Bestseller „Machtübernahme“ analysiert er demokratische Gefährdungen und zeigt Handlungsmöglichkeiten für Zivilgesellschaft und Institutionen auf. Seine Arbeit verbindet Recherche, Aktivismus und praxisnahe Strategien für eine wehrhafte Demokratie.

Was passiert eigentlich, wenn die autoritäre Wende nicht erst morgen kommt, sondern längst begonnen hat?

Mit dieser Verschiebung des Blickwinkels eröffnete Arne Semsrott seinen Vortrag. Der Ausgangspunkt war dabei, dass viele der Entwicklungen, die er in seinem Buch *Machtübernahme* noch als Szenario für eine künftige antidemokratische Regierung beschrieben hatte, inzwischen Realität geworden sind – nicht unter einer AfD-Regierung, sondern unter Regierungen der politischen Mitte.

Abschiebungen nach Afghanistan, Verschärfungen in der Migrationspolitik, Angriffe auf zivilgesellschaftliche Organisationen, Kürzungen bei Integrationsangeboten oder die Verschiebung öffentlicher Diskurse nach rechts: Was einst Prognose war, erscheint heute vielfach als Gegenwartsbeschreibung.

Daraus leitet Semsrott eine zentrale These ab: Autoritäre Politik nicht als Putsch sondern als schleichender Gewöhnungsprozess. Nicht ein einzelner Bruch zerstört demokratische Verhältnisse. Es sind viele kleine Schritte. Jeder Schritt verschiebt Grenzen des Sagbaren und Machbaren. Jeder Schritt schafft die Voraussetzungen für den nächsten. Das Gefährliche daran sei nicht nur die politische Wirkung, sondern der gesellschaftliche Gewöhnungseffekt. Wenn jede einzelne Maßnahme für sich betrachtet noch erträglich erscheint, entsteht selten massenhafter Widerstand. Stattdessen passen sich Menschen an. Die Demokratie verschwindet nicht auf einen Schlag – sie wird scheibchenweise zurückgebaut.

Genau deshalb hält Semsrott die verbreitete Reaktion vieler Institutionen für fatal: abwarten.

Die Entstehungsgeschichte von Machtübernahme beginnt mit einem Gespräch unter Ministerialbeamten*innen. Die Frage lautete: Was tun, wenn ein Ministerium von einer antidemokratischen Partei übernommen wird? Die Antwort vieler Beteiligten lautete sinngemäß: erst einmal beobachten. Vielleicht werde es nicht so schlimm. Vielleicht würden die Institutionen die neuen Verantwortlichen einhegen. Vielleicht würden die Ankündigungen nicht umgesetzt. Für Semsrott ist genau diese Haltung die einzige Strategie, die sicher scheitert. „Abwarten“ sei historisch betrachtet keine Widerstandsform, sondern die Vorbereitung der Niederlage.

Dem stellt er ein anderes Bild entgegen: Wenn autoritäre Entwicklungen aus tausend Schritten bestehen, dann gibt es auch tausend Möglichkeiten des Eingreifens.

Ein wichtiger Schritt dabei kann die Szenarienarbeit sein. Nicht als abstrakte Zukunftsforschung, sondern als praktische Übung. Welche autoritären Maßnahmen erleben wir bereits? Welche weiteren Schritte sind wahrscheinlich? Welche Folgen hätten sie für die eigene Organisation, den eigenen Arbeitsplatz, die eigene Kommune oder Nachbarschaft? Und vor allem: An welchem Punkt könnte man eingreifen? Semsrott beschreibt diese Arbeit ausdrücklich als emotional anstrengend. Niemand beschäftigt sich gern mit Verschlechterungen. Gleichzeitig sei genau diese Konkretisierung ein Weg aus der politischen Ohnmacht heraus. Hoffnung entstehe nicht durch Optimismus, sondern durch Handlungsmöglichkeiten.

Besonders wichtig ist ihm dabei der Blick auf die Ebenen unterhalb parlamentarischer Gesetzgebung.

Autoritäre Politik wird häufig nicht zuerst durch neue Gesetze umgesetzt. Viel wirksamer sind oft Finanzierung, Verwaltungsvorschriften und öffentliche Diskurse. Ein Ministerium kann Förderungen streichen, Programme aushungern oder Verwaltungspraktiken verändern, ohne dass das Parlament darüber abstimmt. Rechte bleiben auf dem Papier bestehen, während ihre praktische Durchsetzung sehr erschwert wird. Ebenso verändern öffentliche Kampagnen gegen bestimmte Gruppen oder Organisationen die Entscheidungen von Behörden, Gerichten und Verwaltungen. Die Gestaltungsmacht autoritärer Akteure liegt deshalb häufig dort, wo Öffentlichkeit kaum hinschaut.

Daraus folgt eine zweite strategische Konsequenz: Demokratische Strukturen müssen widerstandsfähig werden. Semsrott plädiert für eine umfassende Formalisierung demokratischer Praktiken. Was heute nur als Gewohnheit existiert, wie Antidiskriminierungsregeln, Beteiligungsverfahren, demokratische Standards, sollte schriftlich festgehalten und institutionell abgesichert werden. Nicht weil autoritäre Akteure dadurch gestoppt würden, sondern weil sie dadurch zunächst zusätzliche Hürden überwinden müssen. Widerstand beginnt oft mit Zeitgewinn. Wer Prozesse verlangsamt, schafft Handlungsspielräume für weitere Schritte.

Besonders konkret wird Semsrott dort, wo er über die Rolle von Beschäftigten im Staatsapparat spricht. Fünf Millionen Menschen arbeiten in Deutschland für staatliche Institutionen. Die Frage sei daher nicht nur, welche Parteien in der Regierung sind, sondern auch, wie diejenigen handeln, die politische Entscheidungen umsetzen sollen. Als Beispiel schildert er die sogenannte Fördermittelfaffäre im Bundesforschungsministerium. Nachdem geprüft werden sollte, ob Wissenschaftler*innen wegen eines politischen Aufrufs Fördermittel entzogen werden könnten, entwickelte ein Fachreferat eine bemerkenswerte Form bürokratischen Widerstands: Zuständigkeiten prüfen, Nachfragen stellen, Schriftlichkeit verlangen, Vorgesetzte einbeziehen, Verfahren verzögern, rechtliche Bedenken dokumentieren. Aus einem 24-Stunden-Auftrag wurde ein wochenlangender Prozess, an dessen Ende die fachliche Einschätzung stand, dass ein Fördermittelentzug rechtlich nicht haltbar sei. Die öffentliche Bekanntmachung des Vorgangs führte schließlich zu erheblichem politischen Druck auf die Ministeriumsspitze.

Für Semsrott ist das ein Lehrstück. Widerstand besteht nicht immer aus spektakulären Aktionen. Manchmal besteht er darin, Zuständigkeitsfragen zu stellen, auf schriftliche Anweisungen zu bestehen, oder Informationen an die Öffentlichkeit gelangen zu lassen. Und fast immer besteht er darin, nicht allein zu handeln. Erfolgreicher Widerstand sei selten das Werk einzelner Held*innen. Er entstehe in Netzwerken.

Das gilt auch für die organisierte Zivilgesellschaft. Viele Organisationen bereiten sich derzeit auf Angriffe vor: auf ihre Finanzierung, ihre Gemeinnützigkeit, ihre Konten, ihre öffentliche Legitimität. Semsrott fordert deshalb solidarische Infrastruktur statt Konkurrenz. Große Organisationen müssten kleinere Träger mittragen. Rechtshilfe, Verwaltungsstrukturen, Öffentlichkeitsarbeit und finanzielle Ressourcen müssten stärker geteilt werden. Die entscheidende Frage sei nicht, ob die eigene Organisation überlebt, sondern ob das gesamte demokratische Ökosystem erhalten bleibt.

Dabei warnt er ausdrücklich vor Spaltungsstrategien. An Beispielen aus der Klimabewegung und den Debatten um Palästina zeigt er, wie Angriffe auf einzelne Akteure häufig darauf abzielen, solidarische Bündnisse aufzulösen. Die Versuchung sei groß, sich von umstrittenen Gruppen zu distanzieren, um selbst nicht ins Visier zu geraten. Langfristig schwäche das jedoch alle. Demokratische Zivilgesellschaft müsse lernen, Differenzen auszuhalten und sich dennoch gegen autoritäre Angriffe gemeinsam zu verteidigen.

Doch Defensive allein genügt nicht. An diesem Punkt nähert sich der Vortrag den Gedanken seines neuen Buches Gegenmacht. Die entscheidende Frage lautet nun nicht mehr: Wie verhindern wir autoritäre Entwicklungen? Sondern: Welche Gesellschaft wollen wir eigentlich aufbauen?

Semsrott kritisiert, dass demokratische Kräfte oft nur noch auf die Themen reagieren, die rechte und rechtsextreme Akteure auf die Tagesordnung setzen. Dadurch bleiben die Rechten Zentrum der Aufmerksamkeit. Erfolgreiche Gegenmacht entstehe hingegen dort, wo eigene Themen gesetzt werden. Sein Beispiel dafür ist die Initiative „Deutsche Wohnen & Co enteignen“. Nicht, weil jede Forderung geteilt werden müsse. Sondern weil die Kampagne gezeigt habe, wie man gesellschaftliche Debatten verschiebt: durch konkrete Lebensfragen, Organisation von Nachbarschaften, direkte Beteiligung und eigene politische Projekte. Plötzlich wurde über Vergesellschaftung diskutiert statt über rechte Agenda-Setting-Themen. Die Initiative schuf ihren eigenen Referenzpunkt.

Noch anschaulicher wird das am Beispiel der Fußballfans, die den Einstieg eines Investors in die Bundesliga verhinderten. Schweigeminuten, Schokotaler, Tennisbälle, ferngesteuerte Autos: Jede Aktionsform führte zu Spielunterbrechungen und erhöhte den Druck ein Stück weiter. Entscheidend war nicht moralische Empörung, sondern die präzise Störung eines zentralen Ablaufs. Die Fans fanden ihren Hebel und legten damit ein milliardenschweres Vorhaben lahm. Für Semsrott ist das keine Anekdote aus dem Sport, sondern eine politische Lektion: Wer Veränderung will, muss herausfinden, wo Prozesse verwundbar sind.

Die vielleicht wichtigste Handlungsanregung des Vortrags kommt jedoch ganz am Ende.

Gegenmacht beginnt nicht auf Bundesebene. Sie beginnt in der Nachbarschaft. Bei Hoffesten, Chatgruppen, Mieter*inneninitiativen, Elternabenden, gemeinsamen Problemen und konkreten Verbesserungen des Alltags. Nicht abstrakte Demokratieappelle schaffen langfristige Beteiligung, sondern Beziehungen. Menschen organisieren sich nicht zuerst für Verfassungsfragen. Sie organisieren sich, weil sie ihre Heizkosten senken wollen, weil ein Baum gefällt werden soll oder weil die Miete steigt. Dort entstehen Vertrauen, Selbstwirksamkeit und kollektive Handlungsfähigkeit. Und genau daraus wächst die demokratische Widerstandskraft, die später auch größeren Angriffen standhalten kann.

Autoritäre Politik gewinnt dadurch, dass wir uns Schritt für Schritt an den Rechtsruck gewöhnen. Demokratische Gegenmacht entsteht durch Organisation für Ziele, die das Leben für alle verbessern können.



Arne Semsrott digital zugeschaltet auf der Tagung; Foto: Jochen Neumann



Visualisierung des Vortrags von Arne Semsrott



DEMOKRATIESCHUTZ ALS GEMEINSAME GESTALTUNGSAUFGABE



Finja Hartwig und Stephan Fritsch



Verwaltung für
Demokratie e.V.

Verwaltung für Demokratie e. V. setzt sich für den Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung in der und durch die Verwaltung ein. Ziel des Vereins ist eine resiliente Verwaltung mit einem gemeinsamen Werteverständnis, in der Verwaltungsmitarbeitende Demokratie kennen, schützen und verteidigen und ihren öffentlichen Auftrag mit Handlungssicherheit wahrnehmen können.

*Dafür entwickelt der Verein wissenschaftlich fundierte und praxisnahe Materialien, Workshops und Weiterbildungsangebote, fördert den Austausch und die Vernetzung von Verwaltungsmitarbeitenden und arbeitet gemeinsam mit Partner*innen aus Verwaltung, Wissenschaft, Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Politik an einer demokratiestarken Verwaltung. Zu den Projekten gehören unter anderem das Erste-Hilfe-Kit Demokratie, eine kontinuierlich wachsende Materialiensammlung sowie weitere Informations-, Vernetzungs- und Unterstützungsangebote.*

Der Schutz unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung (FDGO) gehört so selbstverständlich zum beruflichen Selbstverständnis der öffentlichen Verwaltung, dass Verwaltungsmitarbeitende ihren öffentlichen Auftrag mit Sicherheit, Klarheit und Überzeugung wahrnehmen können. Demokratieschutz muss nicht immer wieder neu erklärt oder eingefordert werden. Er ist selbstverständlich – verankert in Verwaltungskultur, Führung, Zusammenarbeit und den Strukturen unserer Institutionen. Dies ist unser optimistischer Zukunftsblick von Verwaltung für Demokratie e.V.

Aber davon sind wir heute noch ein gutes Stück entfernt.

Unsere Demokratie steht unter Druck. Demokratiefeindliche Akteur*innen greifen gezielt das Vertrauen in staatliche Institutionen an, demokratische Werte werden infrage gestellt und gesellschaftliche Debatten zunehmend polarisiert. Die Faschisierung der Gesellschaft und Politik in Deutschland und weltweit schreitet voran. Menschen, die Verantwortung für unseren demokratischen Rechtsstaat übernehmen – ob in der Politik, im Ehrenamt oder in der Verwaltung – erleben persönliche Anfeindungen und Einschüchterungsversuche.

Gleichzeitig werden grundlegende Prinzipien unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung immer häufiger bewusst fehlinterpretiert oder instrumentalisiert. Dazu gehört auch das parteipolitische Neutralitätsgebot, das die Wahrung der Chancengleichheit der Parteien beinhaltet. Ein wichtiges Prinzip und dennoch limitiert durch die Pflicht zum Schutz der FDGO durch Beschäftigte des öffentlichen Dienstes. Eine Strategie populistischer Diskurse ist es, diese Komplexität zu reduzieren und eine falsche, allgemeine Neutralität, gleichgesetzt mit Passivität, von Verwaltungsmitarbeitenden einzufordern. Das schafft Unsicherheit.

Gleichzeitig gilt: Demokratie lebt ja gerade davon, dass Menschen Verantwortung übernehmen – füreinander, für das Gemeinwohl und für die Werte, die unser Zusammenleben tragen. Eine bewusst gelebte Haltung ist dabei der innere Kompass, der unserem Handeln Orientierung gibt. Sie wird von unseren Werten, Erfahrungen und Prägungen geformt und beeinflusst, wie wir Situationen wahrnehmen, Entscheidungen treffen und unser Handeln ausrichten. Gerade dann, wenn Herausforderungen komplex werden oder demokratische Werte unter Druck geraten, hilft Haltung dabei, Verantwortung bewusst und reflektiert wahrzunehmen. Das gilt für uns alle.

Für Verwaltungsmitarbeitende hat Haltung eine besondere Bedeutung. Durch die freiheitlich-demokratische Grundordnung sind die Werte, die dieser Haltung zu Grunde liegen, klar definiert:

Menschenwürde, Rechtsstaat- und Demokratieprinzip. Die öffentliche Verwaltung bildet das Rückgrat unseres demokratischen Rechtsstaats. Hier werden Gesetze angewendet, Grundrechte gewährleistet und staatliche Entscheidungen rechtsstaatlich umgesetzt. Für Verwaltungsmitarbeitende gehört Haltung deshalb zum Beruf. Sie bedeutet, den eigenen öffentlichen Auftrag konsequent an den Werten des Grundgesetzes auszurichten und die freiheitliche demokratische Grundordnung zu schützen.

Entscheidend ist deshalb nicht das „Ob“, sondern das „Wie“: Wie kann der öffentliche Auftrag auch unter sich verändernden politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen rechts- und verfassungssicher wahrgenommen werden? Was bedeutet das parteipolitische Neutralitätsgebot konkret? Wie gehe ich mit demokratiefeindlichen Aussagen oder problematischen Weisungen um? Welche Handlungsmöglichkeiten habe ich, wenn der Schutz der freiheitlich-demokratischen Grundordnung herausgefordert wird? Genau diese Fragen begegnen uns in Workshops, Vorträgen und Gesprächen immer wieder.

Für uns sind diese Rückmeldungen vor allem eine positive Nachricht. Sie zeigen nicht fehlendes Engagement oder mangelnde Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen. Im Gegenteil: Sie zeigen, dass Verwaltungsmitarbeitende ihren öffentlichen Auftrag ernst nehmen und wissen möchten, wie sie ihm auch unter schwierigen Bedingungen gerecht werden können.

Es braucht Handlungssicherheit. Nicht im Sinne einer fertigen Antwort auf jede denkbare Situation. Vielmehr geht es darum, den öffentlichen Auftrag sowie die damit verbundenen Rechte, Pflichten (vgl. Erste-Hilfe-Kit) und Handlungsspielräume zu kennen und auch unter sich verändernden politischen Rahmenbedingungen handlungsfähig zu bleiben.

Dabei lässt sich Demokratieschutz nicht auf bekannte Szenarien reduzieren. Es braucht Orientierung, die auch dann trägt, wenn neue Herausforderungen entstehen.

Genau dafür haben wir den Ansatz „Erkennen – Handeln – Stärken“ entwickelt. Er bietet Orientierung für den Umgang mit demokratiegefährdenden Entwicklungen und unterstützt Menschen, Teams und Organisationen dabei, auch unter sich verändernden Rahmenbedingungen handlungsfähig zu bleiben. Die Methode „Erkennen – Handeln – Stärken“ ist im Rahmen der Entwicklung des Erste-Hilfe-Kits für Verwaltungen entstanden. Ausgangspunkt war die Frage, wie Menschen in Situationen von Unsicherheit, Diskriminierung oder demokratiefeindlichen Vorfällen aus einem Gefühl von Ohnmacht heraus wieder handlungsfähig werden können. Im Entwicklungsprozess wurden verschiedene Ansätze und Methoden der Problemanalyse, Reflexion und lösungsorientierten Intervention betrachtet, verdichtet und für den Verwaltungskontext übersetzt. Daraus entstand der Dreischritt „Erkennen – Handeln – Stärken“. Seine Grundprinzipien lassen sich jedoch ebenso auf andere Situationen/Organisationen übertragen.

Erkennen beginnt häufig mit einem Störgefühl – dem Eindruck, dass etwas nicht stimmt oder demokratische Grundprinzipien unter Druck geraten. Dieses Gefühl ernst zu nehmen und die Situation gemeinsam zu erkunden, ist der erste Schritt. Woran erkennen wir eigentlich, dass Demokratie oder Verwaltung unter Druck geraten? Welche Signale, Spannungen oder Emotionen sind wahrnehmbar? Wer ist betroffen und welche demokratischen Werte oder rechtsstaatlichen Prinzipien werden herausgefordert? Ziel ist es, Muster und Dynamiken sichtbar zu machen und die Situation einzuordnen, ohne vorschnell zu urteilen.

Handeln bedeutet, aus diesem Verständnis konkrete Handlungsmöglichkeiten abzuleiten. Welche erste Reaktion trägt dazu bei, Sicherheit und Handlungsfähigkeit wiederherzustellen? Wie kann Kommunikation nach innen und außen gelingen? Welche Werkzeuge, Strategien oder Unterstützungsangebote helfen in dieser Situation? Und was kann ich selbst tun – was braucht es auf Ebene des Teams oder der Organisation? Handlungssicherheit entsteht dort, wo Menschen ihre Rechte, Pflichten und Handlungsspielräume kennen und daraus verantwortungsvolle Schritte entwickeln.



Finja Hartwig bei ihrem Vortrag auf der BSV Jahrestagung
Foto: Peter Steudtner

Stärken richtet den Blick schließlich auf das, was langfristig trägt. Welche Unterstützungsnetzwerke können aktiviert werden? Was braucht es, um Resilienz und demokratische Haltung im Team zu stärken? Welche Strukturen oder Routinen helfen dabei, zukünftigen Herausforderungen sicherer zu begegnen? Ziel ist es, Erfahrungen zu nutzen, voneinander zu lernen und Demokratieschutz dauerhaft in der Kultur und den Strukturen einer Organisation zu verankern. So entsteht langfristig eine resiliente Organisation, die auch unter schwierigen Bedingungen handlungsfähig bleibt.

Erkennen – Handeln – Stärken

versteht Demokratieschutz als eine gemeinsame Gestaltungsaufgabe. Der Ansatz verbindet Menschen, Teams, Organisationen und Netzwerke und schafft eine gemeinsame Grundlage für Orientierung und Handlungssicherheit.

Denn eine resiliente Demokratie entsteht nicht durch das Handeln von Einzelnen, sondern dort, wo Verantwortung gemeinsam getragen wird. Je besser es gelingt, Menschen zu befähigen, Organisationen zu stärken und demokratische Zusammenarbeit zu fördern, desto selbstverständlicher wird Demokratieschutz Teil unseres gemeinsamen Handelns.

Mit Blick auf Demokratie als gemeinsame Gestaltungsaufgabe sind Tagungen wie die des Bund für Soziale Verteidigung sehr wertvoll. Hier können Akteur*innen aus verschiedensten Bewegungen zusammen kommen, voneinander lernen und sich gegenseitig in der Verteidigung unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung bestärken. Es war für uns eine große Freude unseren Verein vorzustellen und in einem Workshop unsere praktischen Ansätze gemeinsam mit anderen zivilen Demokratieschützer*innen zu vertiefen.



Der Einsatz für die Würde und Teilhabe aller Menschen – in ihrer ganzen Vielfalt – verbindet uns und ist Kern unserer demokratischen Haltung.

Finja Hartwig bei ihrem Vortrag auf der BSV Jahrestagung
Foto: Peter Steudtner



Visualisierung der Impulsvorträge von Finja Hartwig und Julia Monro

SCHUTZ STATT EINSCHÜCHTERUNG – WAS DIE QUEERE COMMUNITY IM UMGANG MIT RECHTSEXTREMEN BEDROHUNGEN VORMACHT



basierend auf dem Vortrag vom
Julia Monroe

Elisa Berdica, CC BY-SA 4.0 -> <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>, via Wikimedia Commons

Julia Monroe ist seit 2024 Teil des Bundesvorstands von LSVD+. Der Verband Queere Vielfalt ist seit 35 Jahren die politische Interessenvertretung der queeren Community. Julia engagiert sich seit 2017 für die queere Community mit besonderem Fokus auf geschlechtliche Vielfalt und ist in diesem Bereich eine der stärksten Stimmen in Deutschland.

Wenn Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität angegriffen werden, geht es nicht nur um einzelne Gewalttaten. Rechtsextreme Akteur*innen verfolgen vielfach das Ziel, Angst zu erzeugen, öffentliche Räume einzuschränken und zivilgesellschaftliches Engagement zu erschweren. Die queere Community erlebt diese Entwicklung seit einigen Jahren besonders deutlich – und hat gleichzeitig Strategien entwickelt, die weit über die Community hinaus Vorbildcharakter haben.

In ihrem Vortrag „Schutz in sozialen Bewegungen – am Beispiel der queeren Community“ zeigte Julia Monroe, Bundesvorstandsmitglied des LSVD+ – Verband Queere Vielfalt, dass Schutz weit mehr bedeutet als Polizeipräsenz. Gefragt sind Sicherheitskonzepte, digitale Kompetenz, starke Netzwerke und gegenseitige Solidarität. Viele dieser Erfahrungen können auch Umweltinitiativen, Demokratiebündnisse, Kirchengemeinden oder antifaschistische Gruppen nutzen.

Demokratie unter Druck – und Minderheiten zuerst

Der LSVD+ versteht sich seit mehr als drei Jahrzehnten als Menschenrechtsorganisation für lesbische, schwule, bisexuelle, trans-, intergeschlechtliche und queere Menschen. Neben politischer Interessenvertretung gehören internationale Menschenrechtsarbeit, Beratung sowie der Einsatz gegen Diskriminierung in Gesundheit, Arbeitswelt und Gesellschaft zu den Schwerpunkten der Organisation.

Julia Monroe macht deutlich, dass sich die Arbeit des Verbandes in den vergangenen Jahren verändert hat. Ging es früher vor allem um rechtliche Gleichstellung, rückt heute zunehmend die Frage in den Mittelpunkt, wie sich Menschen überhaupt noch sicher engagieren können.

Die Entwicklung ist eingebettet in einen größeren politischen Trend. Weltweit nehmen autoritäre Tendenzen zu, während demokratische Freiräume unter Druck geraten. Minderheiten werden dabei häufig gezielt zum Feindbild erklärt. Queere Menschen gehören vielerorts zu den ersten Gruppen, gegen die Stimmung gemacht wird. Ein strategischer Bestandteil rechtsextremer Mobilisierung.

Die Angriffe beginnen lange vor der Gewalt

Wer an Hasskriminalität denkt, hat meist körperliche Übergriffe vor Augen. Tatsächlich beginnt die Einschüchterung jedoch wesentlich früher.

Rechtsextreme Narrative zeichnen Christopher Street Days als angebliche „Propaganda“, sprechen von „Frühsexualisierung“ oder behaupten, queeres Leben werde der Gesellschaft aufgezwungen. Solche Begriffe dienen dazu, Vorurteile zu normalisieren und gesellschaftliche Akzeptanz für Ausgrenzung zu schaffen. Der CSD wird dabei bewusst nicht als Demonstration für Grund- und Menschenrechte wahrgenommen, sondern als kultureller Angriff umgedeutet.

Diese Rhetorik bleibt nicht folgenlos. Immer häufiger entstehen organisierte Gegenproteste.

Laut eines Sicherheitsreports der Amadeu-Antonio-Stiftung (2025) wurden im Jahr 2025 bundesweit 110 von 245 Christopher Street Days durch rechtsextreme Gruppen gestört oder angegriffen – nahezu jede zweite Veranstaltung. Besonders in kleineren Städten reichen bereits wenige hundert Gegendemonstrierende aus, um ein massives Bedrohungsgefühl zu erzeugen.

Bedrohung hat viele Gesichter

Besonders eindrücklich beschreibt Monroe, dass Gewalt heute längst nicht mehr ausschließlich auf der Straße stattfindet. Organisationen erleben:

- gezielte Einschüchterung durch Drohungen,
- das Filmen und Veröffentlichen von Vorträgen,
- das Einschleusen von Personen in Veranstaltungen,
- digitale Störungen von Videokonferenzen,
- missbräuchliche Beschwerden,
- parlamentarische Anfragen mit extrem kurzen Fristen,
- den Versuch, personelle und finanzielle Ressourcen zu binden.

Selbst scheinbar harmlose Verwaltungsverfahren können Teil dieser Strategie werden. Wenn Ehrenamtliche plötzlich dutzende Anfragen beantworten müssen oder Organisationen sich gegen unbegründete Vorwürfe verteidigen müssen, fehlt genau diese Zeit für ihre eigentliche Arbeit. Die Einschüchterung erfolgt also häufig indirekt: nicht durch Verbote, sondern durch Überlastung.

Hinzu kommen sogenannte SLAPP-Klagen ("Strategic Lawsuits Against Public Participation"). Dabei handelt es sich um juristische Verfahren, deren eigentliches Ziel nicht der Prozessgewinn ist, sondern die finanzielle und psychische Belastung von Journalist*innen, Aktivist*innen oder NGOs. Auch hierfür hat der LSVD¹ inzwischen eigene Strategien entwickelt.¹

Sicherheit wird zur organisatorischen Aufgabe

Eine der wichtigsten Botschaften des Vortrags lautet: Sicherheit darf kein Zufallsprodukt sein.

Noch vor wenigen Jahren war es für viele Initiativen selbstverständlich, Veranstaltungen offen anzukündigen, Teilnehmende nicht zu registrieren oder auf umfangreiche Sicherheitsplanung zu verzichten.

Heute gehört vielerorts dazu,

- Veranstaltungen im Vorfeld mit Polizei und Behörden abzustimmen,
- mögliche Gegenveranstaltungen zu beobachten,
- Einlass- und Dokumentationsregeln festzulegen,
- digitale Konferenzen gegen Störungen zu sichern,
- Zuständigkeiten im Krisenfall zu definieren.

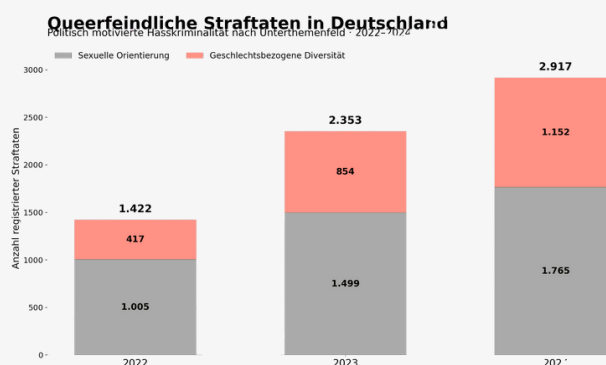
Besonders problematisch ist dabei, dass Sicherheitsmaßnahmen häufig nicht förderfähig sind. Während Projekte zur Demokratiebildung finanziert werden können, fehlen vielerorts Mittel für Security, Awareness-Teams oder professionelle Schutzkonzepte – obwohl genau diese zunehmend notwendig werden.

Monro schildert zudem ein Beispiel aus Dresden: Dort stand zeitweise die Frage im Raum, ob ein Christopher Street Day nicht mehr als Demonstration, sondern lediglich als private Veranstaltung behandelt werden könnte. Die Folge wäre gewesen, dass staatlicher Polizeischutz entfällt und private Sicherheitsdienste finanziert werden müssten – eine enorme Belastung für ehrenamtliche Veranstalter:innen.²

Was andere Bewegungen daraus lernen können

Die Erfahrungen der queeren Community zeigen, dass rechtsextreme Bedrohungen selten plötzlich auftreten. Meist entwickeln sie sich schrittweise: Erst wird die Sprache aggressiver, dann folgen gezielte Desinformation, organisatorische Angriffe und schließlich Einschüchterungsversuche im öffentlichen Raum.

Gerade deshalb reicht es nicht, erst nach einem Vorfall über Sicherheit nachzudenken. Organisationen, die sich für Demokratie, Menschenrechte oder gesellschaftliche Vielfalt einsetzen, sollten Schutz als festen Bestandteil ihrer Arbeit verstehen – ähnlich selbstverständlich wie Datenschutz oder Brandschutz.



Quelle: Bundeskriminalamt (BKA), Politisch motivierte Kriminalität – Bundesweite Fallzahlen 2022-2024. Eigene Darstellung.

¹Siehe auch: <https://www.noslapp.de/>

²Das sächsische Obergerverwaltungsgericht entschied am 2.6.2026, dass der CSD Dresden 2026 vorläufig als Versammlung einzustufen sei: <https://www.medienservice.sachsen.de/medien/news/1097630>

Was wirklich schützt – praktische Strategien gegen Einschüchterung und rechtsextreme Bedrohungen

Die wichtigste Botschaft von Julia Monroe lautet: Sicherheit beginnt lange vor dem eigentlichen Angriff. Der LSVD+ hat deshalb zahlreiche Empfehlungen für die queere Community entwickelt, die sich aber z.T. auch auf andere gesellschaftliche Gruppen übertragen lassen.

Ein zentraler Grundsatz lautet: Nicht allein unterwegs sein. Viele Übergriffe geschehen nicht während einer Demonstration, sondern auf dem Heimweg. Buddy-Systeme, gemeinsame An- und Abreise sowie Awareness-Teams erhöhen die Sicherheit erheblich. Gleichzeitig empfiehlt der Verband, aufmerksam zu bleiben, das Umfeld im Blick zu behalten und Notrufnummern oder Kontakte von Awareness-Teams bereits vor Veranstaltungen im Handy zu speichern.

Kommt es dennoch zu Bedrohungen, gilt: Dokumentieren. Ort, Uhrzeit und Täterbeschreibungen sollten festgehalten, wenn gefahrlos möglich Fotos oder Videos gemacht und die Polizei informiert werden. Ebenso wichtig ist es, Vorfälle konsequent anzuzeigen. Auch wenn Verfahren nicht immer erfolgreich sind, sorgen Anzeigen dafür, dass Hasskriminalität statistisch erfasst wird und Behörden den tatsächlichen Handlungsbedarf erkennen.

Ein wachsendes Problem sind digitale Angriffe. Veranstaltungen werden gezielt infiltriert, Videokonferenzen gestört oder Vorträge heimlich aufgezeichnet und aus dem Zusammenhang gerissen veröffentlicht.

Deshalb sollten Zugangslinks geschützt, Teilnehmende überprüft und klare Regeln für digitale Veranstaltungen vereinbart werden. Auch beim Online-Dating rät der LSVD+ zu Vorsicht: Erste Treffen sollten an öffentlichen Orten stattfinden, Freund*innen sollten über Zeit und Ort informiert werden.

Wer sich öffentlich für Demokratie oder Menschenrechte engagiert, sollte außerdem den Schutz persönlicher Daten prüfen. Eine Melderegister-Auskunftssperre nach § 51 Bundesmeldegesetz kann verhindern, dass Privatadressen leicht abgefragt werden. Mindestens ebenso wichtig wie der persönliche Schutz sind organisatorische Vorkehrungen. Der LSVD+ empfiehlt Vereinen und Initiativen, eigene Sicherheitskonzepte zu entwickeln: Wer reagiert auf Drohungen? Wer spricht mit Polizei und Medien? Wie wird bei Störungen oder Hassanrufen gehandelt? Klare Zuständigkeiten schaffen Sicherheit und entlasten Ehrenamtliche im Ernstfall. Die vielleicht wichtigste Erkenntnis des Vortrags lautet jedoch: Niemand sollte allein stehen. Bündnisse mit anderen Organisationen, gemeinsame Stellungnahmen und gegenseitige Unterstützung erhöhen nicht nur die politische Wirkung, sondern wirken auch gegen Einschüchterung. Demokratie lebt davon, dass Menschen sichtbar bleiben und sich füreinander einsetzen. Die Erfahrungen der queeren Community zeigen: Gute Vorbereitung, starke Netzwerke und Solidarität sind heute die wirksamsten Schutzmaßnahmen gegen rechtsextreme Bedrohungen.

112 FÜRS INTERNET: WIE AUS DIGITALER EMPÖRUNG ORGANISIERTE SCHUTZMECHANISMEN WERDEN



LOVE-Storm



Ein Teil des LOVE-Storm-Teams

Bei der Idee der „Netzfeuerwehr“ (NFW) geht es um ein Umdenken in der digitalen Zivilgesellschaft hin zu einer strukturierten, kollektiven Abwehrkraft gegen Hass im Netz. Unter dem Leitmotiv „112 fürs Internet“ präsentierte LOVE-Storm ein Konzept, das nicht primär auf High-Tech-Lösungen setzt, sondern auf soziale Organisation, klare Richtlinien und den Schutz derjenigen, die sich engagieren.

Mangelnde Plattformregulierung und die Notwendigkeit eigener Strukturen

Ein zentrales Motiv des Workshops war die enttäuschende Erkenntnis, dass Plattformen sozialer Medien oft kein verlässlicher Garant für Sicherheit sind. Der Workshopleiter wies darauf hin, dass verfassungswidrige Inhalte auch nach Jahren noch online bleiben können und legitime Meldungen von Nutzenden oft ignoriert oder verzögert bearbeitet werden. Ein drastisches Beispiel, das die Dringlichkeit unterstrich, war der Fall der österreichischen Ärztin Lisa Maria Kellermayr. Während der Corona-Pandemie wurde sie Ziel von vorwiegend digitalen Angriffen eines rechten Hassmobs, da sie auf wissenschaftliche Fakten verwies; mangels angemessenem Polizeischutz und Solidarität musste sie ihre Praxis schließen und nahm sich einige Wochen später im Juli 2022 das Leben. waren ausreichend vorhanden.

Die Folgerung lautet eindeutig: Wer von digitaler Gewalt betroffen ist, kann nicht warten, ob Facebook oder X bei Hassrede rechtzeitig eingreifen. Organisationen, Vereine und Behörden müssen ihre eigenen Schutzstrukturen aufbauen.

Das Konzept der „Netzfeuerwehr“ entstand daraus als organisierter gemeinsamer Antwortmechanismus. Es geht dabei nicht darum, das gesamte Internet zu beschützen – eine unmögliche Aufgabe –, sondern spezifische Räume zu sichern: eigene Social-Media-Kanäle, geschützte Chatgruppen oder Debatten, in denen die eigene Organisation oder Gruppe erwähnt wird. Sichere digitale Räume sind durch vier Kriterien gekennzeichnet: Sie müssen sicher sein (ohne Angst vor Angriffen), inklusiv (offen für alle, auch wenn es zudem manchmal safer spaces für bestimmte Gruppen braucht), sinnvoll (mit Mehrwert) und passend (verschiedene Räume für diverse Menschen).

Die drei Säulen der Intervention

Die praktische Grundlage der Netzfeuerwehr stützt sich auf drei klare Ziele, die von LOVE-Storm entwickelt wurden. Erstens gilt es, die Angegriffenen zu stärken. Dies ist der Kernpfeiler: Statt sich auf einen direkten Konfrontationskampf mit den Täter*innen zu konzentrieren, wird die Solidarität mit den Angegriffenen priorisiert. Zweitens sollen Zuschauende mobilisiert werden. Oft schweigt die Mehrheit, weil niemand weiß, was richtig wäre oder wer reagieren soll. Die Netzfeuerwehr zeigt den Weg, wie normale Nutzer*innen durch Likes, Kommentare oder Meldungen zur konstruktiv intervenierenden Gruppe werden können. Drittens gilt es, den Angreifenden Grenzen zu setzen. Dabei wird präzise differenziert: Es geht nicht um die Person des Angreifenden, sondern um das Setzen von Grenzen in Bezug auf die Art des Angriffs.

Ein häufiges Missverständnis wurde im Workshop aufgeklärt: Die Netzfeuerwehr dient nicht primär der Dialogführung oder der Lösung des zugrundeliegenden Konflikts. Das Ziel ist Deeskalation und die Lenkung des Gesprächs in vernünftige Bahnen, um einen weiteren Austausch überhaupt erst möglich zu machen. Polarisation, Empörungstürme und die Normalisierung von Rassismus, Queerfeindlichkeit etc. sind explizit zu vermeiden. Stattdessen stehen Bestärkung positiver Beiträge, das Benennen von Problemen und das Einfordern von Konfliktklärungen, gegebenenfalls auch „außerhalb“ der digitalen Räume, im Vordergrund.

Strukturierung: Vom Alarm zum Handeln

Ein funktionierendes System benötigt klare Prozesse. Der Workshop skizzierte einen dreistufigen Ablauf: **Alarmierung, Koordination und Handlung.** Im ersten Schritt muss geklärt werden, wer alarmiert und wer alarmiert wird. Es gibt verschiedene Modelle: Community Manager*innen holen sich Unterstützung, Netzfeuerwehrmitglieder rufen sich gegenseitig an, oder Betroffene melden direkt bei einer Notrufzentrale. Wichtig ist die Definition von Kanälen. Soll eine bestehende Signal-Gruppe genutzt werden oder ein separater Kanal? Die Empfehlung lautet, schnell und unkompliziert mit der Umsetzung einer Netzfeuerwehr zu starten, am besten mit einem kleinen handlungsfähigen Kernteam, und den Prozess nach drei Monaten zu evaluieren und anzupassen.

Der zweite Schritt ist die Koordination. Hier kommen hauptamtliche oder gut geschulte Kräfte ins Spiel. Sie tragen die Verantwortung, das große Team zu aktivieren, bevor das „Feuer lichterloh brennt“. Sie orientieren sich an einem vorher definierten Aktionskonsens und Reaktionsguidelines. Diese Richtlinien legen fest, was vermieden werden soll (z.B. Beschuldigungen, Eskalation) und wie zu reagieren ist. Die Moderator*innen haben dabei andere Rechte als die Freiwilligen: Sie können löschen, blockieren und sperren, während die Freiwilligen vor allem argumentieren, liken und melden.

Der dritte Schritt ist das Handeln. Das aktivierte Team greift nun konstruktiv ein. Ein wichtiges Tool, das im Workshop vorgestellt wurde, ist der „Hass-Kompass“ von Sebastian Zollner, der eine Grundlage für Antworten liefert. Auch Rollenspiele und Simulationen (wie im Online Trainingsraum von LOVE-Storm) wurden als essenziell hervorgehoben: Nur wer übt, kann im Ernstfall effektiv helfen. Eine regelmäßige Reflexion ist unabdingbar, da digitale Konfliktbearbeitung auch hohe psychische Belastungen bergen kann.

Der Selbstschutz: Wie schützen wir uns selbst vor Überwachung und Datenmissbrauch?

Ein kritischer Punkt ist die Frage nach dem Schutz der Netzfeuerwehr-Mitglieder selbst. „Nie alleine gegen Hass im Netz“ ist hier ein Slogan. Wer sich öffentlich engagiert, läuft Gefahr, selbst zum Ziel zu werden. Daher erfordert eine funktionierende NFW zwingend Schutzkonzepte für ihre Mitglieder.

Dazu gehören gute Arbeitsbedingungen mit klaren Grenzen, Pausen und Reflektionsräumen. Es braucht Ansprechpersonen innerhalb der Organisation und Krisenpläne.

Ein weiterer Aspekt, der für alle relevant ist, nicht nur für NFW-Teilnehmende, ist der Schutz der persönlichen Daten (siehe Infokasten mit ein paar konkreten Tipps). Kritisch wurde die Rolle von Datenbrokern und Tools wie PimEyes beleuchtet, die öffentliche Bilder nutzen, um Personen zu identifizieren und zu doxxen (Doxxing bedeutet die Veröffentlichung personenbezogener Daten ohne Zustimmung der Person). Die Teilnehmenden wurden angeleitet, ihre Werbe-IDs bei Android-Geräten zu löschen sowie ermutigt, Berechtigungen für Apps strikt zu prüfen und GPS, Bluetooth und WLAN nur bei Bedarf zu aktivieren.

Eine Option sind auch statische Accounts ohne persönliche Fotos oder Klarnamen und die Nutzung von Plattformen, die Datenschutz ernst nehmen (wie Proton als Alternative zu Google Produkten wie E-Mail, Kalender, online Drive; Riseup oder Fediverse-Instanzen statt proprietärer sozialer Medien-Plattformen). Die Erkenntnis: „Wenn etwas kostenlos ist im Internet, dann seid ihr nicht Kund*in, sondern das Produkt“, da es hier um das Handeln mit wertvollen personenbezogenen Daten geht. Ein manueller Backup-Prozess auf externen Festplatten statt Cloud-Speichern wurde zwingend empfohlen, um nicht Opfer von Identitätsdiebstahl oder Datenabflüssen zu werden.

Fazit: Ein erster Schritt in Richtung digitale (Selbst-)verteidigung

Das Konzept der Netzfeuerwehr ist ein neuer Schwerpunkt von LOVE-Storm, das kontinuierlich weiterentwickelt wird. Interessierte Organisationen und Gruppen können beim Aufbau einer Netzfeuerwehr Unterstützung anfragen.

Die Netzfeuerwehr ist keine rein technische Lösung, sondern ein sozialer Schutzmechanismus, der digitale Zivilcourage mit klaren Strukturen verbindet. Sie ermöglicht es vulnerablen Gruppen, sich sicher zu äußern, und verhindert, dass Einzelpersonen allein gegen digitale Mobs kämpfen müssen. Durch Schulungen in digitaler Konfliktmoderation und Zivilcourage, unterstützt durch Materialien von LOVE-Storm, wird die Basis für eine Kultur gelegt, in der Hass nicht mehr normalisiert wird, sondern aktiv und organisiert zurückgewiesen wird. Es geht um die Koordinierung praktischer Solidarität im Internet.

In einer Zeit, in der junge Menschen weniger bereit sind, Hassrede hinzunehmen, und die Meldebereitschaft steigt, bietet die Netzfeuerwehr konkrete Handlungsoptionen: Sich der Risiken bewusst werden, sich schützen, ausbilden und zusammenstehen. Denn im digitalen Raum ist die gegenseitige Unterstützung zivilgesellschaftlicher Akteure zu einer strategischen Notwendigkeit geworden. LOVE-Storm will Räume für gute Diskussionen schaffen, in dem sich alle angstfrei äußern können, denn davon lebt Demokratie.

Infobox „Das kleine digitale Schutz-Einmaleins“

- Einzigartige und starke **Passwörter** verwenden (mindestens 16 zufällige Zeichen aus A-Z, a-z, 0-9, Sonderzeichen oder Passphrase)
- **Passwortmanager** zur einfacheren Verwaltung
- Zwei-Faktor-Authentifizierung, wo möglich
- Datenträger **verschlüsseln**
- Regelmäßige **Backups**
- **Aktualisierung** von Betriebssystem und Software oft und regelmäßig durchführen
- **Makros** in Office-Software standardmäßig **deaktivieren**
- Plausibilitäts-Check für alle E-Mails, auch scheinbar von seriösen Absendern
- **Keinen Link öffnen**, ohne zuvor die Adresse durch Mouseover überprüft zu haben
- **Verschlüsselte Kommunikation** über seriöse Messenger (Signal, Threema, Matrix, Briar)
- **Email-Verschlüsselung** mit PGP oder S/MIME zumindest für E-Mails mit sensiblem Inhalt
- Bei öffentlich sichtbaren Konten im Internet ggf. Klarnamen und Fotos zumindest als Kombination vermeiden

und für **Mobiltelefone** auch

- Google-Werbe-ID löschen
- Kommunikationsdienste standardmäßig ausschalten (Bluetooth, GPS, WLAN, NFC/Nahfeldkommunikation)



SOLIDARISCHE NACHBARSCHAFTEN



Julia Kramer,
Ko-
Geschäftsführerin
beim Bund für
Soziale
Verteidigung

Nachbarschaftshilfe ist in „ganz normalen“ Zeiten eine Erleichterung. In Krisenzeiten kann sie zu einer Lebensretterin werden. Das erlebten z.B. Menschen nach dem Erdbeben in Mexiko 1985, nach dem Hurrikan „Katrina“ in New Orleans 2005, und heute während des Krieges im Sudan, im Rahmen der aus der Revolution erwachsenen „Emergency Response Rooms“ (siehe Artikel auf S.16).

Aktuell werden solche Nothilfe-Strukturen von unten unter dem Konzept „Mutual Aid“ (wörtlich: gegenseitige Hilfe), oder „Solidarische Fürsorge“ zusammengefasst und diskutiert.

Aber auch in Deutschland können wir Ansätze von Solidarischer Fürsorge im nachbarschaftlichen Kontext beobachten: Während der Covid-Pandemie haben Nachbarschaften füreinander eingekauft und sich in Notfällen unterstützt. Regionale Alarm-Telefonlisten sind erreichbar z.B. bei Angriffen von Rechtsextremen auf Personen oder Einrichtungen. Die Aktion „Noteingang“ stellt Sticker zur Verfügung, damit lokale Ladenbesitzer*innen deutlich machen können, dass sich Personen, die sich bedroht fühlen, hier willkommen sind, Schutz zu suchen. Und wie uns das Brainstorming auf der Tagung zeigte: Es gibt noch so viele Beispiele mehr!

Doch was steckt hinter dem Begriff „Mutual Aid“ oder „Solidarische Fürsorge“? Dean Spade, Autor*in von „Solidarisch füreinander sorgen – ein Leitfaden für diese Krise und die nächste“ (w_orten & meer 2023) definiert das Konzept im Klappentext der englischen Ausgabe als:

„Überlebensarbeit, die Hand in Hand mit den Forderungen sozialer Bewegungen nach einem transformativen Wandel einhergeht“.¹

Konkreter geht es um Maßnahmen gegenseitiger Hilfe in Krisensituationen, die mit einer gemeinsamen Analyse des Problems verbunden sind.- Zugleich werden Betroffene mit Sozialen Bewegungen vernetzt oder es wird sich gemeinsam organisiert, um die Ursachen der Krise anzugehen. In dieser Hinsicht ist sie ein Gegenpol zum Ansatz der „Wohltätigkeit“. Charity und Mutual Aid verfolgen beide das Ziel, Menschen in schwierigen Situationen zu unterstützen, unterscheiden sich aber in ihrer Logik. Bei Charity, also Wohltätigkeit, helfen Menschen oder Organisationen anderen, die Unterstützung benötigen, etwa durch Spenden, Lebensmittel oder konkrete Dienstleistungen.

¹„survival work, when done alongside social movement demands for transformative change.“

Die Rollen sind dabei meist klar verteilt: Die einen geben, die anderen empfangen. Die gesellschaftlichen Strukturen bleiben gleich. Mutual Aid, also gegenseitige Hilfe, setzt dagegen auf die gemeinsame Unterstützung und Selbstorganisation der (potentiell) Betroffenen. Menschen bringen ihre unterschiedlichen Fähigkeiten und Ressourcen ein und helfen sich gegenseitig, etwa indem eine Nachbarschaft gemeinsam Lebensmittel verteilt, aber auch Gelder gesammelt, Kinderbetreuung organisiert oder Menschen in einer Krise unterstützt werden. Dabei geht es darum, akute Not zu lindern, aber auch darum, Beziehungen, Selbstwirksamkeit und kollektive Handlungsfähigkeit aufzubauen. Mutual Aid kann damit über die unmittelbare Hilfe hinausgehen und dazu beitragen, eine Gemeinschaft resilienter zu machen. Wohltätigkeit geht also mit problematischen Dynamiken wie Paternalismus, Bevormundung, Hierarchien der „Verdiensthafteit“ und letztlich der Festigung eines ungerechten, nicht nachhaltigen Status quo einher. Ein gängiger Slogan lautet daher „Solidarität statt Wohltätigkeit“, oder „Solidarity, not Charity!“. Mutual Aid wartet nicht auf offizielle – in vielen Fällen durch militarisierte Akteure geleistete – Rettungsmaßnahmen. Im Gegensatz zu den Aktivitäten von sogenannten „Prepper*innen“² kümmern sich Initiativen der Gegenseitigen Hilfe kollektiv auf der Grundlage der Menschenrechte um die Überlebensbedürfnisse und die menschliche Sicherheit aller - mit dem Fokus auf denjenigen, die am meisten betroffen oder vulnerabel sind.

Besonders Personen, die wegen einem oder mehreren Faktoren marginalisiert sind (z.B. von Rassismus und chronischer Krankheit Betroffene, von Queerfeindlichkeit und Armut Betroffene...) werden oft von öffentlichen Hilfestrukturen nicht ausreichend erreicht und sie werden, wie auch mögliche spezifische Bedarfe, in Krisensituationen nicht mitgedacht. Besonders Menschen mit Fluchterfahrung erleben öffentliche Systeme oft gar als feindselig ihnen gegenüber. Während die Forderung an öffentliche Systeme berechtigt und es dringend ist, Unterstützungssysteme gerechter und sensibler zu gestalten, können betroffene Menschen in Krisensituationen nicht auf deren Hilfe vertrauen oder warten. Gleichzeitig dazu weist Dean Spade auf die Dynamik hin, dass wir im Globalen Norden in stark vereinzelter Gesellschaftsformen leben – was unser Leben unsicherer macht und unsere Fähigkeit untergräbt, uns gemeinsam zu organisieren, um ungerechte Verhältnisse in großem Maßstab zu verändern. Dazu kommt ein Wirtschaftssystem, das stark auf internationalen Abhängigkeiten beruht. Solidarische Nachbarschaften können konkret das üben, praktizieren und präventiv aufbauen, was unser Leben heute bereichert und perspektivisch schützt und die Bewegungen stärkt, die die großen Bedrohungen unserer Zeit – Klimakatastrophe, Autoritarismus, Militarisierung, soziale Ungerechtigkeit – bei der Wurzel packen. Das Schaubild anbei, und der zusammen mit Joel Campe erarbeitete Fragebogen, liefert hierzu einen ersten Fahrplan.

² Prepper*innen sind Personen, die sich gezielt und umfassend auf mögliche Krisen, Naturkatastrophen, Kriege oder einen Ausfall der öffentlichen Versorgung vorbereitet. Der Begriff stammt vom englischen to prepare (sich vorbereiten) ab.

In den Polykrisen, die uns drohen und die für manche von uns bereits da sind, kann Solidarische Fürsorge ein Ansatz sein, sich zu ermächtigen, und dabei niemanden zurückzulassen. Denn es geht darum, auch im Krisenfall möglichst viel Entscheidungs- und Handlungsmacht bei den Betroffenen zu verorten. Zum Einen, weil Menschen selbst wissen, was sie dringend brauchen, und zum Anderen weil das Gefühl von Handlungsfähigkeit in einem Notfall hilft, aus dem Gefühl der Ohnmacht auszubrechen.

Ein letztes Argument, warum wir Solidarische Fürsorge als Schutzansatz umsetzen sollten, ist das Mobilisierungspotential außerhalb der gewohnten Milieus, wenn wir in der Organisation von konkreter Unterstützung Betroffener in milieuübergreifende gemeinsame Aktivität, in gemeinsame Analyse und in gemeinsame Aktion kommen.

Denn warum sollten die Klimagerechtigkeitsbewegung, die antimilitaristische Bewegung, die pro-demokratische Bewegung nicht viel größere Massenbewegungen werden, angesichts der Masse der Menschen, die von diesen Themen direkt oder indirekt betroffen sind? Wenn wir es schaffen, uns hierin in unserer Verschiedenheit und verschiedenen Betroffenheit solidarisch wahrzunehmen und doch als Teil derselben Bewegung, die große Veränderungen bewirken kann - und ja, muss - warum sollten uns dies nicht gelingen?

Der Workshop wurde zusammen mit Jochen Neumann durchgeführt; das Workshopformat wurde zusammen mit Joel Campe (KURVE Wustrow) entwickelt.



Abb. 1: Organisationsablauf der Stadt Vancouver für resiliente Stadtteile. Quelle: City of Vancouver (o.J.): Resilient Neighbourhoods Toolkit, S.6, eigene Übersetzung.

(aus dem Artikel „Perspektivwechsel: Sudan – Ziviler Widerstand, gegenseitige Fürsorge und kollektive Sicherheitsstrategien“ im Dossier „Soziale Verteidigung aufbauen“, Wissenschaft und Frieden 3/2025.)

ZIVILCOURAGE-TRAINING NACH METHODEN VON AUGUSTO BOAL: ERFAHRUNG STATT BELEHRUNG



Renate Wanie

*Renate Wanie, BSV-Ko-Vorsitzende,
Mitarbeiterin in der Werkstatt für
Gewaltfreie Aktion, Baden.
Bildungsreferentin und Trainerin in
gewaltfreier Konfliktaustragung
(Zivilcourage, Gewaltfreie Aktion,
Konsensentscheidungsfindung, Leitung
von Qualifikationen).*

Die Darstellungstechniken des Theater der Unterdrückten (TdU) von dem brasilianischen Theatermacher Augusto Boal sind ideal für eine handlungsorientierte politische Bildungsarbeit. Sie haben das Lernziel, Diskriminierungs- und Gewaltsituationen zu durchbrechen und so zur konkreten Veränderung der Situation beizutragen. Denn das Theater der Unterdrückten fördert Ideenreichtum, Zivilcourage, den kollektiven und kreativen Umgang mit Konflikten und den Dialog. Es ist Kunst, Kultur, Konflikt und Widerstand zugleich.

Nach Augusto Boals Verständnis sollen in einem Theater der Befreiung (wie er das TdU bezeichnet) alle gemeinsam lernen, Zuschauer*innen und Schauspieler*innen, „keiner ist mehr als der andere, keiner weiß es besser als der andere.“ (Boal 1989, S. 8).

Dieses Vorgehen soll zum Handeln ermächtigen und - neben der Veränderung in der Gewaltsituation - vor allem auch zur Veränderung der Gesellschaft beitragen. Es soll den Menschen aus seiner passiven Zuschauerrolle im Theater wie im Leben befreien und ihn zum Akteur, zur Protagonistin, zum Handelnden machen - das ist das Ziel des Theaters der Unterdrückten. Boal versteht Theater nicht als gesellschaftliche Zweckmäßigkeit, er definiert Theater als produktiven Widerspruch.

Künstlerische Fähigkeiten

Nach dem Theatermacher Augusto Boal hat jeder Mensch künstlerische Fähigkeiten. Doch die Erziehung habe unsere Ausdrucksmöglichkeiten eingeschränkt. Nach Boal kann „in Wirklichkeit (...) jeder alles, auch wenn er es nicht in einem bestimmten Bereich zur Meisterschaft bringt.“ (Boal 1989, S. 69) Es genüge nicht nur „zu wissen, dass die (gewaltvolle) Welt verändert werden muss, wichtig ist, sie tatsächlich zu verändern.“ Die experimentellen Methoden aus dem Theater der Unterdrückten befähigten zum konkreten Handeln. Jede*r könne lernen, Widerstand gegen Unterdrückung zu leisten, so Boal.

Pädagogik der Freiheit nach Paulo Freire

Nach eigenen Erfahrungen mit dem didaktischen Theater zum Thema Gerechtigkeit bezieht Augusto Boal vorwiegend auf Paulo Freire, Freund und Lehrer in der Erwachsenenbildung. Dessen Pädagogik der Erwachsenenbildung will kein abstrakter Schreibtischentwurf sein, sondern eine Erziehungstheorie, die aus der Praxis hervorgeht und eine mögliche Praxis der Befreiung ohne Gewalt einleitet. Freire sammelte Erfahrungen bei seiner Arbeit mit der Landbevölkerung und dem städtischen Proletariat in Teilen Brasiliens und wurde weit über die Grenzen Lateinamerikas bekannt. Wesentlich bei Freires Konzept ist, die erfahrene Situation der Betroffenen zu berücksichtigen und ihnen selbstständiges Lernen zu ermöglichen. Komponenten seiner Methodik und Didaktik der Bewusstmachung sind utopisches Denken mit den Inhalten aus der konkreten Lebenswelt der Lernenden zu verbinden. Die Lernenden sollen zunächst die entmenslichte Struktur ihrer Lebenswelt rational verstehen und sich die Unterdrückungsverhältnisse bewusst machen (Hintergrund ist der Bezug zu den damaligen Verhältnissen in Lateinamerika). Entscheidend ist die „Betätigung in der Praxis“. Freires Erziehungsziel ist Bewusstseinsveränderung, die dialektisch im Dienst der Veränderung von bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen steht. Diese befreiende Pädagogik der Unterdrückten, das Bildungskonzept von Freires „Praxis der Freiheit“, die allein aus der Wirklichkeit und der Position der Beteiligten resultiert, verbindet Augusto Boal mit seinem experimentellen Theaterkonzept.

Darstellungstechniken des Theater der Unterdrückten

Nachfolgend drei Methoden aus dem TdU:

Das nonverbale Statuentheater ist eine Methode für die Seminararbeit in Räumen. Eine Gruppe von Personen stellt ihre kollektive Vorstellung von Unterdrückung bzw. von Gewaltsituationen in einer Statue dar, ohne Sprache. In drei Phasen wird eine sich verändernde Statue entwickelt: ausgehend von einem Realbild hin zum Idealbild und mit dem sich anschließenden Übergangsbild (nonverbal sichtbar gemachte Strategien der Veränderung) wieder zurück zur Wunschrealität.

Das Unsichtbare Theater ist eine Methode, um ein gesellschaftlich aktuelles Thema (Rassismus, patriarchale Gewalt) im öffentlichen Raum zu inszenieren, z.B. in der Pariser Metro oder auf den Straßen von Heidelberg, wo die Zuschauer*innen nicht wissen, dass sie Theaterzuschauer*innen und gleichzeitig Akteur*innen sind. Ziel ist die öffentliche Auseinandersetzung mit einem gerade aktuellen Thema.

Das Forumtheater ist die weltweit bekannteste und auch am häufigsten angewandte Methode, die beispielsweise auch in Konfliktregionen wie in Afghanistan und im Libanon eingesetzt wird. Inszeniert wird nach einem bestimmten Ablauf und mit mehreren Durchgängen. Dabei gibt es zwei aktive Rollen: zum einen die Protagonist*innen, die eine selbst erlebte Gewaltsituation oder verbale Diskriminierung in Szene setzen. Und zum anderen das Forum, die Zuschauenden – alle sind Mitwirkende einer Handlung.

Exemplarisch sei hier folgende Frage aus einem Workshop genannt: Wie kann ich mit Zivilcourage in Diskriminierungs- und Gewaltsituationen gewaltfrei eingreifen? Die Workshop-Teilnehmer*innen haben eine Situation vor Augen, die sich auf ein konkretes Ereignis bezieht (z.B. eine erlebte diskriminierende Beschimpfung im Bus, Jugendliche pöbeln eine Schwarze Person an). Wichtig: Die Themen werden stets aus der Gruppe vorgeschlagen. „Wenn man ein Theater der Befreiung praktizieren will, ist es unabdingbar, dass die Betroffenen ihre Themen selbst benennen.“ (Boal 1989, S. 70) Inszeniert wird die Konfliktsituation von denjenigen, die die Situation erlebt haben. Freiwillige aus dem Forum (den Zuschauenden) experimentieren in einer direkten theatralischen Interaktion mit Handlungsalternativen. Alle sind Mitwirkende der Handlung und haben die Möglichkeit, verändernd in die Konfliktszene einzugreifen. Sie beeinflussen dadurch die Dynamik der ganzen Situation. Die Umsetzung der Rollenspieltechnik Forumtheater erfolgt in mehreren Durchgängen und im Wechsel mit verschiedenen Akteur*innen. Mit anschließender Auswertung.

Im Workshop zum Einüben von Zivilcourage:

Ergänzend werden praktische Übungen eingesetzt, z.B. zur Stärkung der Kommunikationsfähigkeit, Fragen zu den Grenzen beim Eingreifen in eine Gewaltsituation werden gestellt sowie eigene Beweggründe zum zivilcouragierten Handeln und die Funktion von Vorurteilen thematisiert. Kurze theoretische Inputs zur Dynamik von Handlungsabläufen (Meyer 2004, S. 35) in typischen Zivilcoursagesituationen können das Eingreifen erleichtern. Es gilt: Es gibt keine fertigen Rezepte. Die selbstentwickelten Strategien werden am Ende des Workshops zusammen z.B. mit Orientierungsregeln in Bedrohungssituationen „Courage gegen Gewalt“ diskutiert. Im Mittelpunkt steht immer, die Situation zu deeskalieren und die angegriffene Person zu schützen. Zivilcourage ist das Gegenteil von persönlicher Resignation und öffentlichem Schweigen. Das Theater der Unterdrückten ist Widerstand gegen personale und strukturelle Gewalt. Das Theater der Unterdrückten und seine Methoden sind zivile, gewaltfreie Konfliktbearbeitung. Frieden schaffen ist eine Kunst! Theater machen ist eine Kunst. Mit den Methoden des Theater der Unterdrückten praktiziert Augusto Boal diesen Anspruch.

*Der Artikel wurde in leicht veränderter Fassung im Friedensforum 4/2026 veröffentlicht. Auf der Jahrestagung stand die praktische Umsetzung im Vordergrund.

Literatur

Boal, Augusto: Das Theater der Unterdrückten. Übungen und Spiele für Schauspieler und Nicht-Schauspieler. Frankfurt/M, edition suhrkamp. (Erstausgabe 1989)

Meyer, Gerd u.a.: Mit Zivilcourage handeln. Bundeszentrale für politische Bildung und Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Studie 2002

PLANSPIEL ZUR VERHINDERUNG VON MASSENDEPORTATIONEN

Stephan Brües ist Ko-Vorsitzender beim BSV



Foto: Margit Reuter

Stephan Brües ist Ko-Vorsitzender des BSV und Mitglied der Steuerungsgruppe von Wehrhaft ohne Waffen. Ethnologe, Politikwissenschaftler, Fach- und Wissenschaftsredakteur und war lange Jahre hauptamtlicher Mitarbeiter der DFG-VK.

Das Konzept der Sozialen Verteidigung ist nicht nur eine wirksame Alternative im Falle eines Angriffs von außen, sondern auch entsprechend für einen Angriff von innen, beispielsweise durch einen gewaltsamen Putsch.

Aber was, wenn die illegitime Machtübernahme nicht putschartig erfolgt, sondern schleichend? Wenn demokratische Institutionen und der Rechtsstaat missachtet oder langsam geschliffen werden? Was, wenn menschenfeindliche Haltungen und diskriminierende Handlungen zur Regierungspolitik werden? Wenn durch Wahlerfolge rechtsextremistische Parteien an die Macht kommen?

Genau diese Situation wollen wir in diesem Workshop in einem vereinfachten Szenario durchspielen.

Das Szenario ist:

In Sachsen-Anhalt hat eine als gesichert rechtsextrem eingestufte Partei eine absolute Mehrheit errungen und stellt demnach die Landesregierung. Zu ihren Zielen gehört die sogenannte „Remigration“ von nicht-deutschen oder nicht-deutsch gelesenen Menschen.¹

Sie wollen daher - ähnlich wie es die ICE (United States Immigration and Customs Enforcement) in den USA gerade tut - Razzien und Verhaftungen von migrantischen Menschen in den einzelnen Kommunen Sachsen-Anhalts organisieren. Diese gehören in ihrer großen Mehrheit nicht der neuen Regierungspartei an. Auch die Bevölkerung ist in ihrer Mehrheit gegen eine solche menschenfeindliche Politik eingestellt (d.h. selbst vielen Wähler*innen der Partei ginge so eine Politik zu weit).

¹Siehe das „Regierungsprogramm“ der AfD-Sachsen-Anhalt, Kapitel 2 (Überschrift „Einwanderung und Remigration“). In Punkt 34 heißt es: „Eine AfD-geführte Landesregierung wird darauf hinwirken, dass der angestrebte Paradigmenwechsel weg von einer Willkommenskultur und hin zu einer Verabschiedungskultur auch in den Ausländerbehörden im Land Einzug hält. Die Mitarbeiter sollen dazu ermutigt werden, ihre Ermessensspielräume zu nutzen“. In Punkt 36 heißt es „Eine umfassende Remigrationspolitik beinhaltet erstens die Rückholung ausgewanderter deutscher Fachkräfte, zweitens die Abschiebung ausreisepflichtiger Ausländer unter staatlichem Zwang und drittens freiwillige Re-Migrationsprogramme für illegale Zuwanderer. Für die Koordination dieser drei Elemente der Rückkehrpolitik wird eine AfD-geführte Landesregierung eine Stabsstelle für Remigration einrichten und einen Remigrationsbeauftragten ernennen. Außerdem wird sie die im Doppelhaushalt 2025/2026 eingestellten Finanzmittel in Höhe von 1,2 Millionen Euro für sogenannte ‚Integrationslotsen‘ alternativ für die Einstellung von Remigrationslotsen verwenden.“

Punkt 40 ist überschrieben: „Remigrationsoffensive in die Ukraine vorbereiten“.

In Punkt 42 heißt es: „Kommunen können ebenfalls eigene Rückkehrprogramme mit monetären und/oder nicht-monetären Remigrationsanreizen auflegen. Eine AfD-Landesregierung wird sachsen-anhaltischen Kommunen bei der Ausarbeitung von Rückkehrinitiativen mit Rat und Tat zur Seite stehen.“

Akteure im Spiel:

1. Funktionäre der neuen Regierungspartei und ggf. ihre Sicherheitskräfte
2. Migrantische Menschen
3. Kommunalverwaltung, in der die rechtsextreme Partei keine Mehrheit hat
4. Zivilgesellschaft

Jede dieser Gruppen hat ihre Aufgaben.

Diese bearbeitet sie mit Hilfe von weißen und bunten Karten.

Auf der weißen Karte schreiben sie ihre Strategie auf, d.h. wie sie vorgehen werden, um ihre Ziele umzusetzen.

Diese besteht in der Gruppe 1 darin, die migrantische Community zu finden und mit Hilfe der Verwaltung aus dem Land zu bringen.

Die Ziele bestehen für die Gruppen 2-4 darin, die Grundrechte, die auch für migrantische Gruppen gelten, zu verteidigen und damit auch diese Menschen selbst zu schützen. Welche Maßnahmen können umgesetzt werden? Welche Reihenfolge der Maßnahmen sind sinnvoll?

All diese allgemeineren strategischen Punkte werden auf weiße Karten geschrieben.

Wenn eine Verbindung zu anderen Akteuren aufgebaut werden soll, dann werden entsprechende konkrete Anfragen an die jeweiligen anderen Akteure auf bunte Karten geschrieben.

Nachdem die ersten Karten geschrieben wurden, soll ein einzelnes Mitglied (ggf. auch mehr als eine Person, das hängt von der Teilnehmendenzahl ab) der jeweiligen Gruppe zu einem einzelnen Mitglied (ggf. auch mehr als eine Person...) einer anderen Akteursgruppe gehen und beide können die Anliegen, die auf ihren jeweiligen Karten geschrieben worden sind, besprechen.

Gegenüber den Funktionären der neuen Regierungspartei werden diese Gespräche eher konfrontativ sein, während die anderen drei Gruppen eher eine gemeinsame Linie im Widerstand finden müssen.

Die erste Phase, in der Strategisches und Interaktives auf die Karten geschrieben wird, sollte etwa 15 Minuten dauern, die Austauschphase ca. 20 bis max. 30 Minuten.

Abschluss (ca. 15 min.)

Anschließend gibt es eine gemeinsame Auswertung. Dabei werden kurz die weißen Karten verlesen und dann mit den Ergebnissen der Interaktionen verglichen - also in dem Sinne, was von den jeweiligen Absichten und Strategien konnte umgesetzt werden?

Danach folgt eine Austauschrunde zu den Fragen „Wie ist es Euch ergangen?

Was habt Ihr persönlich gelernt?“ Und besonders wichtig: Könntet Ihr Euch vorstellen, weiter an einer Vorbereitung eines solchen Szenarios in Eurer Stadt/Region zu arbeiten?

Während dieses Planspiel mit 90min umgesetzt wurde, gibt es verschiedene weitere Szenarien und auch ausführlichere Ablaufpläne (auch für längere Versionen), die bei WoW angefragt werden können.

WAS SCHÜTZT DEMOKRATISCHES ENGAGEMENT? EIN PAAR ERKENNTNISSE AUS DER TAGUNG



Dr. Dalilah Shemia-Goeke
Ko-Geschäftsführerin beim Bund für Soziale Verteidigung

Die Beiträge dieser Tagung führten in sehr unterschiedliche Lebensrealitäten: zu den Emergency Response Rooms im kriegszerstörten Sudan, zu Schutzteams in internationalen Konfliktgebieten, in Proteste gegen Abschiebebehörden in Amerika, in deutsche Verwaltungen, zu queeren Communities oder in den digitalen Raum. Auf den ersten Blick scheinen diese Kontexte wenig gemeinsam zu haben. Doch gerade darin lag eine der wichtigsten Erkenntnisse der Tagung: Die Mechanismen autoritärer Bedrohung ähneln sich – und viele wirksame Schutzstrategien ebenfalls. Die Tagung verstand sich ausdrücklich als Suche nach Schutzansätzen, die Menschen, Initiativen und demokratische Strukturen widerstandsfähiger machen können.

Dabei wurde deutlich: Schutz bedeutet weit mehr als Sicherheit im klassischen Sinn. Es geht um die Fähigkeit, trotz Einschüchterung weiter handlungsfähig zu bleiben – als Einzelne, als Organisation und als Gesellschaft.

Schutz beginnt lange vor der Krise

Ob Arne Semsrotts Empfehlung der Szenarienarbeit zur Vorbereitung auf das Erstarken des Rechtsextremismus, Peter Steudtners Konzept ganzheitlicher Sicherheit oder die Erfahrungen aus der internationalen Friedensarbeit – sie alle betonten, dass Vorbereitung nicht unbedingt (nur) Ausdruck von Angst sein muss, sondern schlicht demokratische Vorsorge ist.

Dazu gehören praktische Fragen: Welche Risiken bestehen für unsere Gruppe? Wer könnte betroffen sein? Wer übernimmt im Ernstfall welche Aufgabe? Welche Kommunikationswege funktionieren auch unter Stress? Viele Initiativen planen Projekte, Veranstaltungen oder Kampagnen bis ins Detail. Sicherheitsfragen dagegen werden oft erst dann diskutiert, wenn bereits etwas passiert ist. Die Tagung machte deutlich, dass genau diese Reihenfolge umgekehrt werden sollte.

Beziehungen sind der wirksamste Schutz

Fast alle vorgestellten Beispiele hatten einen gemeinsamen Nenner: Menschen schützen Menschen.

Im Sudan organisieren Nachbarschaftskomitees Lebensmittelversorgung, Evakuierungen und gegenseitige Hilfe dort, wo staatliche Strukturen zusammengebrochen sind. Queere Communities entwickeln Buddy-Systeme, Awareness-Konzepte und Unterstützungsnetzwerke. Mutual-Aid-Initiativen stärken Nachbarschaften, bevor Krisen eintreten. Unbewaffnete Schutzteams begleiten besonders gefährdete Personen durch ihre bloße Präsenz.

Allen Ansätzen gemeinsam ist die Erkenntnis, dass Isolation verletzlich macht, während tragfähige Beziehungen Handlungsspielräume eröffnen. Wer bereits Teil eines funktionierenden Netzwerks ist, findet im Krisenfall schneller Unterstützung, Informationen oder rechtliche Beratung. Netzwerke entstehen jedoch nicht spontan – sie müssen gepflegt werden, lange bevor sie gebraucht werden.

Sicherheit ist mehr als körperlicher Schutz

Autoritäre Akteure greifen selten nur körperlich an. Einschüchterung geschieht ebenso über Hasskampagnen, Desinformation, digitale Angriffe, juristische Verfahren, Überwachung oder das Ausspähen persönlicher Daten. Entsprechend weit muss auch der Sicherheitsbegriff gefasst werden.

Der von Peter Steudtner vorgestellte ganzheitliche Schutzansatz brachte diese Perspektive auf den Punkt. Sicherheit umfasst digitale Infrastruktur ebenso wie Datenschutz, rechtliche Vorsorge, organisatorische Abläufe und psycho-soziale Gesundheit. Schutz bedeutet deshalb nicht nur, Gefahren abzuwehren, sondern Organisationen insgesamt widerstandsfähiger zu machen.

Praktische Konsequenzen reichen von Passwortmanagement und geschützten Kommunikationswegen über klare Verantwortlichkeiten bis hin zu Notfallplänen für Veranstaltungen oder den bewussten Umgang mit persönlichen Daten im Netz.

Demokratie braucht Übung

Ein weiterer roter Faden der Tagung war die Bedeutung praktischer Vorbereitung. Kaum ein vorgestellter Ansatz setzte allein auf Informationen oder Appelle. Stattdessen standen Trainings, Übungen und gemeinsame Reflexion im Mittelpunkt.

Ob Zivilcourage-Trainings, Planspiele zu autoritären Szenarien, Workshops zu digitaler Selbstverteidigung, Erste-Hilfe-Kits für demokratische Verwaltungen oder Übungen zur Deeskalation – sie alle verfolgen dasselbe Ziel: Menschen sollen Handlungssicherheit gewinnen, bevor sie unter Druck geraten.

Gerade in Krisensituationen greifen Menschen auf Routinen zurück. Resilienz entsteht auch durch regelmäßiges gemeinsames Lernen.

Resilienz braucht Fürsorge

Ein Thema zog sich durch viele Beiträge, obwohl es auf den ersten Blick wenig mit Sicherheit zu tun hat: der Umgang mit den eigenen Kräften. Autoritäre Strategien zielen nicht nur darauf ab, Menschen einzuschüchtern, sondern sie langfristig zu zermürben – durch ständige Anfeindungen, Zeitdruck, digitale Angriffe oder das Gefühl, immer auf Krisen reagieren zu müssen. Die Folge sind Erschöpfung, Rückzug und der Verlust engagierter Menschen.

Mehrere Referierende machten deshalb deutlich, dass Fürsorge kein Nebenaspekt erfolgreicher Bewegungsarbeit ist, sondern Teil ihrer Schutzstrategie. Initiativen sollten Belastungen frühzeitig wahrnehmen, Verantwortung auf mehrere Schultern verteilen und Räume schaffen, in denen Erfahrungen, Unsicherheiten und Konflikte offen besprochen werden können. Ebenso wichtig ist eine Kultur, in der Pausen möglich sind, Aufgaben abgegeben werden dürfen und nicht einzelne Personen dauerhaft die Hauptlast tragen.

Diese Perspektive erweitert den Sicherheitsbegriff entscheidend: Resilienz entsteht nicht nur durch Notfallpläne oder technische Schutzmaßnahmen, sondern auch durch Organisationen, die nachhaltig mit den Menschen umgehen, die sie tragen. Denn wer dauerhaft überlastet ist, trifft schlechtere Entscheidungen, verliert Handlungsspielräume – und zieht sich im schlimmsten Fall ganz aus dem Engagement zurück. Fürsorge ist deshalb kein privates Anliegen, sondern eine zentrale Voraussetzung dafür, dass demokratisches Engagement auch unter Druck langfristig bestehen kann.

Proaktive Schutz-Strategien: „Gewaltfrei die Ellenbogen ausfahren“

Im Sinne des Backfire-Ansatzes kann es genauso wichtig sein, aktive und/oder vulnerable Gruppen zu schützen, wie auch die Angriffe an sich zu skandalisieren und damit strategischen Druck auf Angreifende aufzubauen.

So wird nicht nur den Angegriffenen Solidarität zuteil, sondern ganz konkret die Machtbasis der Angreifenden untergraben, da sich deren Menschenrechtsverletzungen in Form von negativer Publicity und – möglicherweise auch internationalem – Druck gegen sich selbst wenden. Solche Ansätze verteidigen sowohl Angegriffene als auch die Demokratie selbst. Damit sind Backfire-Strategien ein wichtiger Ansatz Sozialer Bewegungen.

Schutz schafft demokratische Handlungsspielräume

Vielleicht lässt sich die wichtigste Erkenntnis dieser Tagung so zusammenfassen: Schutzmaßnahmen sollen Menschen nicht unsichtbar machen, sondern ihnen ermöglichen, sichtbar zu bleiben.

Es geht nicht darum, sich aus der Öffentlichkeit zurückzuziehen oder Konflikte zu vermeiden. Vielmehr sollen Menschen weiterhin Demonstrationen organisieren, journalistisch arbeiten, kommunalpolitische Verantwortung übernehmen, sich für Menschenrechte einsetzen oder Nachbarschaften gestalten können – auch unter schwieriger werdenden politischen Bedingungen.

Gerade deshalb verstanden viele Referierende Schutz nicht als Spezialthema für Sicherheitsfachleute, sondern als Kern demokratischer Praxis. Gute Vorbereitung, belastbare Netzwerke, klare Zuständigkeiten, digitale Kompetenz, gegenseitige Unterstützung und eine Kultur der Fürsorge stärken nicht nur einzelne Organisationen. Sie erweitern den Handlungsspielraum der gesamten Zivilgesellschaft.

Schutz darf als gemeinsame Aufgabe verstanden werden und unterschiedliche Erfahrungen können zusammengeführt werden – zwischen sozialen Bewegungen, Verwaltungen, Menschenrechtsorganisationen und lokalen Bündnissen. Aus dieser Vernetzung entsteht jene gesellschaftliche Resilienz, die autoritären Entwicklungen wirksam Grenzen setzen kann.

Demokratien werden nicht allein durch Gesetze oder Institutionen geschützt. Sie bleiben dort lebendig, wo Menschen füreinander Verantwortung übernehmen, ihre Handlungsspielräume gemeinsam verteidigen und Schutz als Teil demokratischer Kultur begreifen. Gerade in Zeiten wachsender autoritärer Bedrohungen ist das eine zentrale Form Sozialer Verteidigung.

